

Internet-Blog

kreuz-und-quer.de

Diskussionsforum zum politischen Handeln aus christlicher Verantwortung

herausgegeben von

*Prof. Dr. Thomas Sternber (Sprecher), Dieter Althaus, Alois Glück,
Dr. Friedrich Kronenberg, Dr. Hermann Kues, Prof. Dr. Norbert Lammert,
Hildigund Neubert, Dr. Hans-Gert Pöttering, Thomas Rachel MdB,
Prof. Dr. Annette Schavan, Christian Schmidt MdB, Dr. Erwin Teufel, Prof. Dr. Bernhard Vogel*

Die Artikel im 1. Quartal 2019

1 / 2019

Die Autoren:

Joachim Gerhardt, Friedrich Kronenberg,
Norbert Lammert, Claudia Lücking-Michel,
Hans Maier, Klaus Mertes, Gerd Müller,
Lars Schäfers, Wolfgang Schäuble,
Wilfried Schumacher, Helmut Stahl,
Frank Überall

Das Selbstverständnis

Christen, engagiert in Kirche, Staat und Gesellschaft, denen die politische Gestaltung unserer Welt aus christlicher Verantwortung und Überzeugung ein besonderes Anliegen ist, haben sich im September 2012 zu der Internet-Initiative www.kreuz-und-quer.de zusammengefunden. Der Kreis fühlt sich dem Ziel verpflichtet, lokal und global, im Staat und in der Staatengemeinschaft, für eine politische Ordnung einzutreten, in der Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität verwirklicht werden können.

Die Initiative will in Staat und Gesellschaft das politische Engagement der Christen stärken und unsere Welt aus christlicher Verantwortung und Überzeugung – orientiert am christlichen Menschenbild – politisch mitgestalten. Die Initiative will beim Dialog zwischen Kirche und Welt mitwirken, damit die Kirche als „Sauerteig“ (Mt 13,33), als „Salz der Erde“ (Mt 5,13), als „Samenkorn“ (Mt 13,24), als „Licht der Welt“ (Mt 5,14) in der Mitte der Welt gegenwärtig ist.

Die Initiative will einen Beitrag dazu leisten, dass zu wichtigen politischen Fragen christlicher Weltverantwortung öffentliche Meinung gebildet wird. Diese öffentliche Meinungsbildung soll die erforderliche Willensbildung in Staat, Gesellschaft und Kirche unterstützen.

In dieser Dokumentation sind die Artikel zusammengefasst, die von Januar – März 2014 auf dem Internet-Blog kreuz-und-quer.de veröffentlicht wurden. Dieses Internet- Diskussionsforum zum politischen Handeln aus christlicher Verantwortung wurde am 5. September 2012 freigeschaltet. Einmal wöchentlich wird dort ein neuer Artikel zur Diskussion gestellt. Die Kommentare der Leser zu den Artikeln und die Antworten der Autoren finden Sie auf www.kreuz-und-quer.de

Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.

**Redaktion:
Stephan Eisel (Sprecher), Karlies Abmeier,
Klaus Mertes, Ulrich Ruh
stephan.eisel@kreuz-und-quer.de**

Inhaltsverzeichnis

Wolfgang Schäuble, Der wehrhafte Verfassungsstaat braucht streitbare Demokraten.....	Seite 04
Lars Schäfers, Zur Ethik der Alterssicherung.....	Seite 06
Klaus Mertes, Taugt die Bergpredigt als Regierungsprogramm ?	Seite 08
Hans Maier, Entgötterung der Welt.....	Seite 10
Norbert Lammert, Wer vertritt das Volk ?	Seite 13
Gerd Müller, Zukunftskontinent Afrika.....	Seite 17
Helmut Stahl, Mut zur Artenschutzpolitik.....	Seite 20
Joachim Gerhardt, Hier steh´ ich und kann nichts anders.....	Seite 23
Claudia Lücking-Michel, Jede Täuschung ist das Ende einer Enttäuschung.....	Seite 25
Frank Überall, Journalismus gegen Fake News.....	Seite 27
Friedrich Kronenberg, Plädoyer für die kirchliche Gewaltenteilung.....	Seite 29
Wilfried Schumacher, In Verschiedenheit die eigene Identität bewahren.....	Seite 32

7. Januar 2019

Wolfgang Schäuble

Der wehrhafte Verfassungsstaat braucht streitbare Demokraten

Bonn war bekanntlich nicht Weimar – und die Berliner Republik ist auch nicht auf dem Weg dorthin. Wer zuletzt mit der Fernsehserie „Babylon Berlin“ in die Atmosphäre der krisengeschüttelten Zwanziger Jahre abgetaucht ist, wird vor allem eins erkannt haben: Von den damaligen gesellschaftlichen Verhältnissen führen keine Parallelen in die Gegenwart, es dominieren vielmehr die Kontraste – ökonomisch, sozial und politisch. Deshalb sollten wir die gegenwärtige Lage auch nicht mit überspannten Vergleichen unnötig dramatisieren.

Wir erleben allerdings, dass unsere Gesellschaft unter den Bedingungen von Globalisierung und Digitalisierung heterogener, unübersichtlicher und auch konfliktreicher wird. Die politischen Debatten werden rigider und unversöhnlicher geführt, als wir es lange gewohnt waren, bis hin zu offenem Hass und hemmungsloser Gewalt auf der Straße. Unsere freiheitliche Demokratie ist einem Stresstest unterworfen, und wir lernen neu oder auch erst jetzt, dass nichts voraussetzungslos ist, nichts selbstverständlich und nichts gesichert.

Die freiheitliche Demokratie ist fragil und anspruchsvoll. Die Mütter und Väter des Grundgesetzes wussten das. Ihnen stand das Scheitern von Weimar als mahnendes Beispiel vor Augen. Die Reichsverfassung hatte 1919 die „demokratischste Demokratie der Welt“ begründet, wie der damalige Reichsinnenminister Eduard David stolz postulierte – allerdings mit fatalen Konsequenzen. Wollte sich die Demokratie selbst treu bleiben, befand der Staatsrechtler Hans Kelsen, müsse sie auch eine auf Vernichtung der Demokratie gerichtete Bewegung dulden. Entsprechend verzichtete man auf verfassungsrechtliche Schutzfunktionen und gab dadurch die Ordnung ihren Feinden preis, die sie auf demokratischen Weg aushöhlten und am Ende tatsächlich abschafften.

Aus dieser „suizidalen Lethargie“ (Karl Loewenstein) zog man vor 70 Jahren die richtigen Lehren. Geprägt von den Abgründen deutscher Schuld und als Konsequenz aus dem demokratischen Relativismus der Weimarer Reichsverfassung begründet das Grundgesetz eine wertebundene und zugleich wehrhafte Demokratie. Die Vertreter der unterschiedlichen Parteien und Denkschulen im Parlamentarischen Rat bestimmten als Antwort auf die Diktatur-Erfahrung und den industrialisierten Völkermord in Artikel 1 des Grundgesetzes die unverletzliche Würde des Menschen zur Grundlage der neuen Rechtsordnung und zum entscheidenden Maßstab aller Politik. Darauf gründet unser Staat, und wer daran rüttelt, legt Hand an unsere Ordnung.

Unser Verfassungsstaat hat das Recht und den Willen, sich gegen seine Feinde von außen und innen zu verteidigen. Wehrhaft ist unser Gemeinwesen in Bezug auf seine demokratische Organisation wie in Bezug auf die gewährten Grundwerte. Deshalb sollten wir auch statt von der wehrhaften Demokratie treffender vom wehrhaften Verfassungsstaat reden. Er sichert in einem Geflecht von Regelungen und Institutionen – von der Ewigkeitsklausel über die Gewaltenteilung bis zum Föderalismus, vom Berufsbeamtentum über die Verfassungsgerichtsbarkeit bis zu den Geheimdiensten – das Demokratieprinzip und begrenzt zugleich die Macht der Mehrheit.

Denn Mehrheit sichert noch keine Freiheit. Das sieht man überall dort, wo die Demokratie gegen den Rechtsstaat ausgespielt wird – auf Kosten der Rechte, die den Einzelnen vor der Mehrheit und

vor staatlicher Willkür schützen. Das Recht schützt den Schwächeren. Und der Rechtsstaat hat die Pflicht, das durchzusetzen. Auch in Deutschland begegnet uns die populistische Anmaßung, ‚das‘ Volk gegen politische Gegner, gegen vermeintliche und tatsächliche Minderheiten, auch gegen die vom Volk Gewählten in Stellung zu bringen. Aber niemand hat das Recht zu behaupten, er allein vertrete ‚das‘ Volk. Der Souverän ist keine Einheit, sondern eine Vielheit widerstreitender Kräfte. So etwas wie ein Volkswille entsteht erst in der Debatte und nur durch Mehrheiten, die sich ändern können. Die Gewaltfreiheit steht dabei in der freiheitlichen Demokratie über allen Diskussionen und Meinungsverschiedenheiten. Wer dagegen verstößt, muss die rechtsstaatlichen Konsequenzen zu spüren bekommen. Das Gewaltmonopol des Staates und die Durchsetzung des Rechts sind nicht relativierbar.

Die Wehrhaftigkeit unserer Demokratie erschöpft sich nicht in Verboten, auch nicht in der Beobachtung durch den Verfassungsschutz oder den Möglichkeiten des Strafrechts, wenn gegen Gesetze verstoßen wurde. Vielmehr muss auch die Mehrheit der Bürger in der Demokratie willens und fähig dazu sein, Extremisten zu isolieren und zu ächten. Daran gilt es zu erinnern, weil wir immer wieder erleben, dass friedliche Demonstrationen von Gewalttätern als Schutzraum missbraucht werden. Da gibt es zwischen gewalttätigen Chaoten bei Linksextremen und Schlägern bei Rechtsextremen keinen Unterschied. Wenn wir gegenseitige Toleranz und Respekt untereinander sichern wollen, müssen wir darauf bestehen, dass Gewalt oder die Aufforderung zur Gewalt genauso verboten sind, wie die Verwendung von Parolen und Symbolen, die den demokratisch-rechtsstaatlichen Grundkonsens unserer Republik in Frage stellen.

Die wehrhafte Sicherung von Demokratie und Verfassungsordnung ist ein wichtiger Fortschritt im Vergleich zur Weimarer Reichsverfassung. Eine „Versicherungspolice gegen alle Erosionen von Demokratie und Rechtsstaat“ ist sie nicht, wie der frühere Verfassungsrichter Udo di Fabio zurecht unlängst betonte (FAZ, 27.9.2018). Eine Verfassung kann bessere oder schlechtere Rahmenbedingungen schaffen, sie bleibt aber ein Rahmen, der durch die Politik ausgefüllt und von den Menschen getragen werden muss. Die Demokratie lebt eben auch von Voraussetzungen, die der Staat nicht schaffen kann. Von einem Wertebewusstsein und einer politischen Kultur, in der man die gesellschaftliche Vielheit annimmt und trotzdem zu gemeinsamen Handeln kommt: durch Ausgleich und für alle tragbare Entscheidungen. Dazu gehört die Bereitschaft, das Gegenüber zu achten und die demokratischen Verfahren zu akzeptieren, das heißt vor allem: die am Ende zustande gekommenen Beschlüsse der Mehrheit mitzutragen, die allerdings nie auf Ewigkeit angelegt sind.

Weimar fehlte es am demokratischen Selbstbehauptungswillen, an einer demokratischen Streitkultur und der Fähigkeit zum Kompromiss. Auch heute braucht es Demokraten, die bei allem Dissens in der Sache den Grundkonsens über die demokratischen Verfahrensregeln bewahren, diesen „nicht-kontroversen Sektor“ (Ernst Fraenkel) in einer ansonsten plural verfassten Gesellschaft. Darauf müssen wir bestehen und dafür müssen Demokraten streiten.

Dr. Wolfgang Schäuble (1942) ist seit 1972 Mitglied des Deutschen Bundestages und seit 2017 Parlamentspräsident. Er Bundesfinanzminister (2009 – 2017), Bundesinnenminister (2005 – 2009 und 1989 – 1991), Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion (1991-2000) und Chef des Bundeskanzleramts (1984 – 1989).

14. Januar 2019

Lars Schäfers

Zur Ethik der Alterssicherung

Seit einiger Zeit wird wieder verstärkt über die Zukunft der Alterssicherung debattiert. Dass es dabei um besondere Herausforderungen geht, spiegeln insbesondere Prognosen zur zukünftigen Ausbreitung von Altersarmut.¹ Im Folgenden sollen grundsätzliche Überlegungen zu einer *Ethik der Alterssicherung* auf Grundlage von *Subsidiarität* und *Solidarität* als den klassischen Sozialprinzipien der Katholischen Soziallehre und „Baugesetzlichkeiten entwicklungsöffener Gesellschaft“² mit einschlägigen Gerechtigkeitsdimensionen verknüpft werden.

Subsidiarität in der Alterssicherung

Das *Subsidiaritätsprinzip* fokussiert zunächst auf den Einzelnen „in seiner Eigenverantwortung“³. Erst dann folgt die Hilfeleistung (subsidium) seitens der nächsthöheren Ebene bis hin zum Staat. So ist es etwa folgerichtig, dass der einzelne Arbeitnehmer durch seine Pflichtbeiträge zur selbstverwalteten gesetzlichen Rentenversicherung sowie durch zusätzliche private Vorsorge zunächst selbst zu seiner Alterssicherung beiträgt.

Subsidiarität hängt dabei eng mit der *Leistungsgerechtigkeit* zusammen, die mit Ungleichheit korrespondiert. In der Rentenversicherung gilt daher: Wer mehr einzahlt, erhält auch mehr Rente. Der Leistungsgerechtigkeit widerspricht jedoch das Abgleiten von immer mehr Menschen in den bedarfsgeprüften Grundsicherungsbezug trotz jahrzehntelanger Erwerbstätigkeit und Einzahlung in die Rentenkasse. Die Pflichtversicherung würde zunehmend ihre gesellschaftliche Akzeptanz und ihre sozialetische Grundlegung verlieren, wenn Versicherte, die ihr ganzes Erwerbsleben lang mit niedrigem Einkommen vorsorgen mussten, nicht besser dastehen, als diejenigen, die wenig oder gar nicht gearbeitet und vorgesorgt haben.⁴ Dass sich Leistung im Sinne des Äquivalenzprinzips lohnen muss, ist daher „ein wichtiges Kriterium für das Alterssicherungssystem insgesamt“⁵. Erst wenn eigene Anstrengungen nicht mehr ausreichen oder nicht mehr möglich sind – wie im Falle der Erwerbsminderung – sollte die Komponente des sozialen Ausgleichs greifen.

Solidarität in der Alterssicherung

Damit ist zugleich das *solidarische Element* im Rentensystem markiert. „Solidarität als

¹Siehe exemplarisch etwa Bertelsmann Stiftung (Hg.): Entwicklung der Altersarmut bis 2036. Trends, Risikogruppen und Politiksznarien, 2017, PDF-Download: https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/Entwicklung_der_Altersarmut_bis_2036.pdf (zuletzt abgerufen am 17.09.2018).

²Baumgartner, Alois/Korff, Wilhelm: Sozialprinzipien als ethische Baugesetzlichkeiten moderner Gesellschaft: Personalität, Solidarität und Subsidiarität, in: Handbuch der Wirtschaftsethik, Band 1, Gütersloh 1999, 225-237, hier 226.

³Eisel, Stephan: Das Subsidiaritätsprinzip, in: Thomas Sternberg u.a. (Hgg.): kreuz-und-quer.de Diskussionsforum zum politischen Handeln aus christlicher Verantwortung, PDF-Download: <https://blogkreuzundquer.files.wordpress.com/2018/08/eisel-subsidiaritaet1.pdf> (zuletzt abgerufen am 18.09.2018).

⁴Vgl. Rat der EKD/Deutsche Bischofskonferenz: Gemeinsame Verantwortung für eine gerechte Gesellschaft. Initiative des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz für eine erneuerte Wirtschafts- und Sozialordnung, Bonn 2014, 40.

⁵Generationengerechtigkeit, Solidarität und Eigenvorsorge – Sozialetische Anforderungen an eine Alterssicherung in der Lebens- und Arbeitswelt von morgen: Erklärung der Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken vom 18. November 2016, 11.

sozialethisches Prinzip meint mehr als den bloßen Zusammenhalt aufgrund von gemeinsamen Interessen im Sinne einer ‚Gruppen-solidarität‘, sondern bezieht sich auf die wechselseitige Anerkennung, Anteilnahme und Unterstützung, die die Mitglieder einer menschlichen Gemeinschaft einander schulden.“⁶ Solidarität in der Rentenversicherung zeigt sich beispielsweise darin, dass Rentenansprüche ohne eigene Beitragszahlungen, wie im Falle der Zurechnungszeit bei der Erwerbsminderungsrente oder bei der Anrechnung von Erziehungszeiten im Rahmen der Mütterrente, erworben werden können.

Mit der sehr zentralen *Generationengerechtigkeit* eng verbunden ist das Solidaritätsprinzip indes wegen der Finanzierung der Renten der älteren durch die erwerbstätige Generation. Zur Generationengerechtigkeit gehört es daher, dass die Generation der Älteren ein hinreichendes Rentenniveau vorfindet, genauso wie die derzeit erwerbstätige mittlere Generation nicht übermäßig mit Beiträgen zur Finanzierung der aktuellen Renten belastet werden sollte. Es ist nicht zuletzt diese mittlere Generation, die zugleich auch die Erziehung und Ausbildung der nachwachsenden Generation stemmt, was im bisher wenig Berücksichtigung findet.

Ein weiteres solidarisches Element wäre eine bisher nicht bestehende Mindestsicherung innerhalb der gesetzlichen Rentenversicherung. Hier schließen auch zwei weitere Gerechtigkeitsdimensionen an: *Verteilungsgerechtigkeit*, die eng mit der Dimension der *Bedarfsgerechtigkeit* verbunden ist. Aus der Perspektive dieser beiden Gerechtigkeitsdimensionen werden auch Fragen nach der Qualität und Ausgestaltung der fürsorgebasierten Grundsicherung beleuchtet.

Die zentralen Bausteine für die nachhaltige Sicherung der Rente sowie zur Bekämpfung der Altersarmut sind: „Beitragssatz, Beitragsbasis, Altersgrenze, Bundeszuschuss, Rentenniveau, Aufwertung niedriger Renten und die private Vorsorge.“⁷ Wie auch immer die Politik in den nächsten Jahren an diesen Stellschrauben drehen wird – es gilt letztlich eine immer wieder neu auszutarierende Balance zwischen Subsidiarität und Solidarität herzustellen.

Lars Schäfers (1988), Mag. theol., ist Wissenschaftlicher Referent der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle (KSZ) in Mönchengladbach und Wissenschaftliche Hilfskraft am Seminar für Christliche Gesellschaftslehre der Bonner Katholisch-Theologischen Fakultät.

⁶ Küppers, Arnd: Die Ordnungsethik der katholischen Soziallehre (Kirche und Gesellschaft Nr. 436), Köln 2017, 13.

⁷ Geyer, Johannes: Stabile Rentenversicherung, in: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Hg.): DIW Wochenbericht 18 (2018), PDF-Download: https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.583564.de/18-18-3.pdf (zuletzt aufgerufen am 17.09.2018), 402.

21. Januar 2019

Klaus Mertes

Taugt die Bergpredigt als Regierungsprogramm ?

Dass man ein Land nicht der Bergpredigt regieren könne, gehört zu oft unhinterfragten politischen Allgemeinplätzen. Ein Staat müsse gerecht sein, nicht barmherzig. Aber stimmt das? Muss sich Politik gegen Einsprüche des Herzens hart machen, um regieren zu können?

Zunächst: Die Bergpredigt ist Jesu Beitrag zur Auslegung der Tora, des Gesetzes Israel. Allein schon deswegen ist sie ein politischer Text. Denn die Tora - einschließlich des Dekalogenes - ist keineswegs nur eine moralische Instruktion für das Verhalten von Einzelpersonen, sondern ein Verfassungsentwurf. Die Bergpredigt wendet sich auch nicht gegen die Tora, etwa um sie zu ersetzen, sondern ist Jesu Beitrag zur Auslegung der Tora. Zum Beispiel die Entschädigungsregelung im jüdischen Gesetz – ein Quantensprung gegenüber dem Blutracheprinzip, das typisch ist für Stammesgesellschaften. Sie verpflichtet Täter zu angemessenen Schadensersatz gegenüber dem Opfer: „Du sollst geben: Auge für Auge, Zahn für Zahn.“ (Ex 21,23) Aus der Perspektive der Opfer kann daraus ein Recht auf Vergeltung konstruiert werden – „wenn ich Opfer bin, darf ich mir nehmen: Auge für Auge, Zahn für Zahn.“ Genau diese Verdrehung geschieht tagtäglich und ist das eigentliche Prinzip hinter aller Gewalteskalation. Die Bergpredigt bestreitet diese Auslegung. Ich wüsste kaum ein politisches Thema, das heute aktueller wäre.

Oder das Gebot der Feindesliebe: „Liebet eure Feinde und tut Gutes denen, die euch hassen.“ Das Feindesliebegebot verschweigt nicht, dass Menschen einem zum „Feind“ werden können. Wer sich in der Bibel umschaute, wird sehen, dass Gewalt von Anderen gegen „mich“ ganz realistisch, ohne Empathie für die Gewalttäter dargestellt wird. Deswegen bedeutet das Wort „Liebe“ in diesem Kontext – und auch sonst in den Bibel – nicht: „Nette Gefühle haben, sympathisch finden“, oder ähnliches. Vielmehr meint Feindesliebe: „Auch dein Feind hat Rechte. Achte sie!“ Oder um es in der Logik der Goldenen Regel zu sagen: „Behandle deinen Feind, der sich an dir verschuldet hat, so, wie du behandelt werden möchtest, wenn Du Dir einen Menschen schuldhaft zum Feind gemacht hast.“

Antoine Leiris, der seine Frau in der Pariser Terrornacht vom 13.11.2018 verlor, schrieb an ihre Mörder: „Meinen Hass bekommt ihr nicht.“ Das ist eine eindrucksvolle Übersetzung des bekannten Bildes, das Jesus in der Bergpredigt benutzt und mit dem er das Gebot der Feindesliebe steigert: „Wenn dich einer auf die rechte Wange schlägt, dann halte auch die andere Wange hin.“ Feindesliebe ist nicht nur eine Chance für den Feind, den „Feind“ anders zu sehen und ihn so zu „entfeinden“ (Pinchas Lapide), sondern sie ist auch ein Weg aus dem eigenen Hass, dessen Existenz Leiris ja bei sich selbst nicht bestreitet. Hass, oder besser: Hassgefühle sind aber gerade sehr aktuell Teil des politischen Diskurses.

Barmherzigkeit steht in der Mitte der Seligpreisung, die als Überschrift über dem ganzen Text der Bergpredigt stehen: „Selig die Barmherzigen.“ Das Stichwort wird der Sache nach am Ende des Textes mit der Goldenen Regel wieder aufgegriffen: „Was ihr von anderen erwartet, das tut auch ihnen. Darin besteht das Gesetz und die Propheten.“ Barmherzigkeit und Nächstenliebe-Gebot, zwei Seiten einer Medaille, umrahmen die Bergpredigt. Sie sind also der Schlüssel zum Verständnis des ganzen Textes.

Gibt es Grenzen für die Barmherzigkeit? Diese Frage wird im berühmten Gleichnis vom „barmherzigen Samariter“ verhandelt. Ein Mann liegt, von Räubern ausgeplündert und erschlagen, am Wegesrande. Ein Priester und ein Levit aus Judäa sehen ihn und gehen weiter. Ein Mann aus Samarien sieht ihn, bleibt stehen und hilft ihm. Hier werden zwei Dinge klargestellt: Barmherzigkeit besteht darin, sich ganz konkret von der Not des Anderen berühren und unterbrechen zu lassen. Und sie räumt die Grenzen zwischen „wir“ und „die“ ab, in diesem Falle die zwischen den verfeindeten Bewohnern von Judäa und Samarien. Ein Gegensatz zum Anliegen der Gerechtigkeit besteht nicht. Vielmehr ist Barmherzigkeit sensibel für Ungerechtigkeit und setzt sich für ihre Überwindung ein. Barmherzigkeit ist politisch. Sie hilft nicht bloß ganz konkret, sondern sie nimmt Anstoß an Verhältnissen, die dazu führen, dass Menschen am Wegesrande liegen – und verändert sie.

Im Sommer 2015 konnte Deutschland live miterleben, wie es ist, wenn Politik auf einen geschlagenen Menschen am Wegesrande trifft. Das Mädchen Reem Sahwil von der Paul-Friedrich-Scheel-Förderschule in Rostock brach während einer Veranstaltung mit der Bundeskanzlerin in Tränen aus. Reem hatte Angst vor ihrer anstehenden Abschiebung. Die Reaktion von Angela Merkel wirkte unsicher. Sie war gewissermaßen wie der Priester im Gleichnis des Evangeliums, der jetzt trotz seiner vielfältigen, drängenden und wichtigen Aufgaben festgehalten wurde und stehen bleiben musste – eingeklemmt zwischen der spontanen Herzensregung (auf das Mädchen zugehen und sie streicheln) und den Zwängen und Grenzen verantwortlicher Politik („Wenn wir jetzt sagen, ihr könnt alle kommen ... das können wir auch nicht schaffen“).

Die Unsicherheit der Reaktion ehrt sie. Sie macht etwas deutlich, worüber sich nachzudenken lohnt. Einerseits: Der konkrete Einzelfall kann nicht der alleinige Bezugspunkt für Entscheidungen staatlicher Repräsentanten sein. Es bleiben Verantwortlichkeiten über den Einzelfall hinaus, sowie komplexe Abwägungen in Hinblick auf Konsequenzen für das Allgemeinwohl. Aus der Erschütterung über den Einzelfall folgt auch nicht zwingend eine bestimmte und sonst keine andere politische Konsequenz. Das alles zu bedenken stellt hohe Anforderungen an die politische Klugheit, aber auch an die politische Herzensbildung. Denn andererseits bleibt die Bereitschaft, sich vom notleidenden „Antlitz des Anderen“ (Emanuel Levinas) ansprechen zu lassen, unverzichtbar, auch für den politischen Diskurs. Der Anblick des geschlagenen Menschen am Rande rüttelt nämlich auf und gibt zu denken.

Barmherzigkeit ermöglicht Einblicke in die Realität, die es ohne sie nicht gibt. Sie ist eine weiche Stärke – weich, weil sie sich nicht abschottet gegen die in der Erschütterung liegende mögliche Erkenntnis. Das Gegenteil von ihr ist die Herzenshärte – eine schwache Härte, eine Härte aus Schwächlichkeit, die nur scheinbar stark wirkt. Sie schützt sich selbst gegen Erschütterung, gegen Verunsicherung durch die fremde Not, da sie diese nicht als Beitrag zur Fortbildung der eigenen politischen Urteilskraft aushält. Sie hängt im Tunnelblick ihrer „Realpolitik“ fest und verliert dabei den Blick für die Realität, einschließlich für das Unheil, das „Realpolitik“ anstellt, die wie ein Elefant im Porzellanladen der komplexen Wirklichkeit herumtrampelt. Der biblische Kommentar dazu lautet: „Sie sehen und sie erkennen nicht.“ Herzenshärte führt eben zu Wahrnehmungsstörungen. Und die sind in der Politik besonders gefährlich. Also: Regiert das Land mit der Bergpredigt im Kopf und im Herzen!

Klaus Mertes SJ (1954) ist Kollegsdirektor am Kolleg St. Blasien. Er hat Slawistik und Klass. Philologie in Bonn studiert und 1977 in den Jesuitenorden eingetreten. Anschließend studierte er Philosophie und kath. Theologie in München und Frankfurt a. M. und wurde 1986 zum Priester geweiht. Nach dem 2. Staatsexamen für Kath. Religion und Latein war er Lehrer an der St. Ansgar-Schule in Hamburg und am Canisius-Kolleg in Berlin, dessen er Rektor er 2000-2011 war. Klaus Mertes ist Redakteur der Jesuiten-Zeitschrift „Stimmen der Zeit“, war Mitglied im Zentralkomitee der dt. Katholiken und ist im Kuratorium Stiftung 20. Juli 1944

28. Januar 2019

Hans Maier

Entgötterung der Welt

Das Christentum tritt hervor in einer Welt, in welcher der Friede Roms, die Pax Romana, herrscht. Und es trifft in den ersten Jahrhunderten seiner Ausbreitung auf eine universelle politische Religion: den Kaiserkult. Auf der Höhe der augusteischen Epoche wird das goldene Zeitalter ausgerufen; die Götter sollen *für immer* versöhnt, ein Friede soll *auf ewige Zeiten* gesichert werden. Eine politische Eschatologie breitet sich aus in der gesamten von Rom beherrschten Welt, mit verschiedenen Akzenten in West und Ost, aber mit dem selben universellen Anspruch: Während der Kaiser in Rom als *princeps auctoritate* regiert, wird er in der östlichen Reichshälfte als *Gottheit* verehrt, zu der man um die Fortdauer des Friedens betet.

Der römische Staat war der Erbfolger der griechischen Polis-Idee. Er hatte diese Idee ins Ökumenische erweitert, indem er das Bürgerrecht der Stadt ausgeweitet hatte zu einem römischen Weltbürgerrecht. Er hatte zugleich die alte Polis- Einheit von Kult und Politik erneuert und sie zum zwingenden Gesetz des Reiches gemacht. In der Verehrung der römischen Kaiser gipfelte der Kult der Götter. An diesem Punkt, dem Kaiseropfer, entbrannte der Streit mit dem jungen Christentum.

Die Haltung der frühen Christenheit zu Kaiser, Obrigkeit, politischer Gewalt ist, wie bekannt, nicht auf eine einfache Formel zu bringen. Quietistische Bescheidung, dulddender Gehorsam finden sich in den Zeugnissen ebenso wie die herausfordernde These „Man muss Gott mehr gehorchen als den Menschen“ (Apg 5, 29) – Vorbote jahrhundertlang immer wieder aufflammender Kämpfe zwischen christlicher Kirche und weltlichem Regiment.

Als Kontinuum in den wechselnden geschichtlichen Situationen treten zwei Züge hervor: Die Christen gehorchen, apostolischer Weisung folgend, der Obrigkeit; und sie beten – selbst in Verfolgungszeiten und ungeachtet ihrer entschiedenen Ablehnung des Kaiseropfers – für den Kaiser und für das Heil des Reiches. Freilich, wem gehorchen, für wen beten sie? Sie gehorchen einer Obrigkeit, die unter Gottes Gericht steht; und sie beten für einen Kaiser, der ein Herrscher ist, nicht ein Gott.

Wo Obrigkeit ist, da ist sie im christlichen Verständnis von Gott verordnet. Wo ein Kaiser herrscht, da hat er keine Macht – es sei denn, sie wäre ihm „von oben gegeben“. So ist aller Gehorsam eingebettet in eine fundamentale Reduktion weltlicher Macht: Kein irdischer Herrscher kann sich *post Christum natum* absolut setzen und für das Ganze ausgehen, keiner kann die Geschichte ans Ende bringen, die Götter versöhnen, den Weltfrieden ausrufen.

Mit Christi Inkarnation und Opfertod ist „die Zeit erfüllt“, der Bann irdisch- geschichtlicher Macht gebrochen. Alle Mächte und Gewalten werden durch Christus „zur Schau gestellt“ und ihres dämonischen Charakters entkleidet. Dämonisch ist nach christlicher Lehre, was sich Gott nennt, ohne es zu sein. Kaiser und Reich, Staat und Herrscher werden zu Dämonen, wenn sie göttliche Allmacht für sich beanspruchen. Diesem Anspruch darf, ja muss sich der Christ widersetzen, denn er weiß, dass er auf Usurpation beruht und damit nichtig ist; er durchschaut die Faszination des Scheingöttlichen als eitles Blendwerk, als

Maskerade, als *pompa diaboli*.

Damit werden Staat und Politik etwas anderes, als sie bis dahin waren – sie enthüllen sich in einem radikalen Sinn als menschliche Schöpfung, als „Menschenwerk“. Das Politische ist nichts Göttliches. Es wird – christlich gesprochen, zu sich selbst, zu seinen irdischen Zwecken befreit. Seine eigene, nicht mehr mit Religion und Kult ununterscheidbar verflochtene Geschichte beginnt. In mancher Hinsicht beginnt sie erst jetzt.

So steht *vor* dem Dienst der alten Kirche am Staat in Gestalt von Gebet und Gehorsam ein anderer, fundamentalerer Dienst: die Entdivinisierung, Entgötterung (oder wiederum christlich gesprochen: die Entdämonisierung) des Staates – die Auflösung der spätantiken Symbiose von Kaiser, Reich und Gottesverehrung. Dass dies ein Dienst *am Staat* sei, eine Befreiung des Staates zu sich selbst, ein Schritt zu seiner rechtlichen Bindung, Vergesetzlichung, Kontrolle – das musste heidnischen Betrachtern freilich wie eine Blasphemie erscheinen. Viele verdächtigten daher die Christen, die in ihren Augen die Sorge um die Götter, die *religio*, vernachlässigten, als „Atheisten“.

Aber auch die Christen selbst lösten sich nur langsam von den überlieferten politisch-religiösen Denkweisen. Das zeigen die regelmäßigen Rückfälle in eine – nunmehr christlich gefärbte – Rom- und Reichstheologie in der Geschichte des Christentums seit Konstantin. Allzu nahe lag die Versuchung, auch in christlichen Zeiten Himmel und Erde immer wieder durch ein forderndes „Gott will es!“ kurzzuschließen und so den welttranszendenten Gott in irdische Kämpfe und Konflikte zu verstricken.

Überhaupt: Die leidenschaftlich- gewalttätige Versicherung der Welt in Gott scheint ein ewiges menschliches Bedürfnis zu sein. Man kann die Linien aus bis in die Gegenwart hinein ausziehen. Immer wieder kommt es auch in der Moderne zu Regressionen in die mythische Einheit von Kult und Politik, zur Leugnung des für die Geschichte nach Christus geltenden „eschatologischen Vorbehalts“. Selbst in der abgeschwächten Form der „Zivilreligion“ rivalisiert diese Tendenz bis heute mit den Kräften christlicher Weltfreigabe. Bei vielen herrscht die illusionäre Erwartung, Christus sei der „Ordner der Welt“ und nicht vielmehr deren „tödliche Freiheit“ (Reinhold Schneider).

Dennoch: Die Geschichte des Christentums ist die Geschichte einer fortwährenden Destruktion „politischer Theologien“. Die Lehre von der göttlichen Monarchie scheiterte am trinitarischen Dogma. Die Pax Augustea im Sinn eines ewigen Friedens fand ihre Grenze an der christlichen Eschatologie. Der christliche Kaiser des Mittelalters verlor im Investiturstreit seine numinosen Qualitäten. In der Neuzeit wurden nacheinander die monarchische Geschichtstheologie Bossuets und ihr Gegenstück, die theologische Demokratielehre der Konstitutionalisten in der Französischen Revolution, entzaubert.

Darin wird deutlich, dass das Politische im christlichen Äon nicht mehr, wie in der Antike, rundum den Daseinssinn des Menschen bestimmt und beherrscht, dass es vielmehr ein Nicht-Absolutes, ein Vorletztes darstellt, das für den Menschen Dienst- und Instrumentcharakter hat. Der Christ nämlich soll, nach einer Formulierung Augustins, diese Welt, auch die politische, nicht „anbeten“, sondern „pflügen“ – das heißt sie erkennen und konstruktiv weiterbilden.

Ist dieser christliche Exorzismus am selbstbezogenen Staat in den neueren Jahrhunderten schwächer geworden? Kehrt am Ende der Neuzeit die antike Theopolitie zurück? 1929

schrieb Hermann Heller angesichts der modernen Totalitarismen den prophetischen Satz: „Der Staat kann nur totalitär werden, wenn er wieder Staat und Kirche in einem wird, welche Rückkehr zur Antike aber nur möglich ist durch eine radikale Absage an das Christentum“ (Europa und der Faschismus, 1929, 56). Eric Voegelin und Raymond Aron haben die Gewaltregime der jüngsten Vergangenheit – Kommunismus, Faschismus, Nationalsozialismus – als „politische Religionen“ bezeichnet. Sie sahen in deren Bemühen um eine quasi-religiöse Dimension politischer Ordnung Parallelen zu den Modellen der antiken politisch-religiösen Einheitskultur.

Die modernen totalitären Regime sind aber zugleich auch die Fratze eines pervertierten Christentums, von dem nur äußere Ordnungen, Zwang und Disziplin übriggeblieben sind. Mit ihren „reinen Lehren“, ihren Inquisitionstribunalen und Ketzergerichten, ihren Dissidenten und Renegaten, Apostaten und Proselyten äffen sie problematische Entwicklungen in der Geschichte des Christentums nach. „Was nachgeahmt wird“, sagt Marie-Joseph Le Guillou, „ist oft die Sünde des Christentums“.

Es ist kein Zufall, dass der Auftritt der modernen Gewaltregime Hand in Hand geht mit einem überdimensionalen Wiederaufleben von Personenkult, Vergöttlichung der Herrscher, Apotheose der „toten Helden“ im Umkreis totalitärer Politik. Dafür gibt es nur antike Parallelen. Man denke an die „Pantheonisierung“ Lenins im Mausoleum auf dem Roten Platz in Moskau, an die kultische Verehrung des Revolutionsführers durch Menschen aus Russland und der ganzen Welt (bis heute!), an die Erlösungs- und Auferstehungsdramaturgie der Feiern für die Toten des 9. November im Deutschland Adolf Hitlers, an anbetungsgleiche Aussagen über politische Führer wie „Er organisierte die Berge / und ordnete die Küsten“ (Stalin) oder: Seine Ideen sind „die Sonne die ewig scheint“ (Mao Tse Tung).

Man könnte denken, das sei heute Vergangenheit, ein Rückfall in mythische Vorstellungen einer „politischen Religion“ sei wenig wahrscheinlich, die Schreckenserfahrungen totalitärer Herrschaft lägen noch zu nahe. Doch der „redivinierte“ (Eric Voegelin) Staat bleibt nach meiner Meinung auch für die Zukunft eine reale Gefahr – zumal in vielen Teilen der einstmaligen christlichen Welt das postchristliche religiöse Vakuum fortbesteht.

Überall, wo die christliche Scheidung der Gewalten in Frage gestellt wird, wird der Staat notwendigerweise zum Alleinherrscher ohne Appellationsinstanz, zur selbstbezogenen Macht, gegen die sich der einzelne nur unter Aufbietung aller Kräfte des Willens und des Intellekts zu wehren vermag. Es gehört zum Bild einer „Welt ohne Christentum“, dass in ihr mit dem omnipotenten Staat zugleich auch der *Terror antiquus* und der panische Angstschrei der Opfer wiederkehrt.

Hans Maier (1931) wurde 1962 Professor für Politische Wissenschaft an der Ludwig-Maximilians-Universität München und war 1970 bis 1986 Bayerischer Staatsminister für Unterricht und Kultus sowie von 1976 bis 1988 Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken. 1988 bis 1999 war er ordentlicher Professor für christliche Weltanschauung, Religions- und Kulturtheorie an der Universität München (Guardini Lehrstuhl).

4. Februar 2019

Norbert Lammert

Wer vertritt das Volk?

Demokratie zwischen Parlamentarismus und Populismus

Die Frage „Wer vertritt das Volk?“ tritt zwangsläufig sofort auf, sobald Menschen begreifen, dass es nicht nur Fragen gibt, die jeder für sich entscheiden kann, sondern auch Fragen, die offenkundig nicht jeder für sich entscheiden kann.

Welchen Beruf man ergreifen möchte; ob man heiraten will oder nicht, wenn ja, wen; ob man eine Familie gründen möchte, mit wie vielen Kindern; ob man ein Auto braucht, wenn ja, welches, und wie lange und ob man es besser kauft oder least – all das sind Fragen, die prinzipiell jeder für sich entscheiden könnte. Aber schon die Frage, auf welchen Straßen fahren die denn eigentlich, von A nach B und C, wie sind sie ausgebaut, kann man sie kostenlos nutzen oder sind sie gebührenpflichtig, liegt jenseits der individuellen Entscheidungsmöglichkeit.

Dass mit der zunehmenden Entwicklung von Gesellschaften mit dem immer höheren Grad an Arbeitsteilung, das Ausmaß der Fragen exponentiell zugenommen hat, die nicht mehr individuell entschieden werden können, sondern – auf welchen Wege auch immer – anders entschieden werden müssen, ist nicht weiter erläuterungsbedürftig.

Wer vertritt denn dann das Volk? Wie kommen solche Entscheidungen zustande? Wie kann man idealerweise sicherstellen, dass diejenigen, für die diese Entscheidungen am Ende gelten, möglichst am Zustandekommen dieser Entscheidungen indirekt oder direkt selbst beteiligt waren, zumindest hätten sein können? Dazu gibt es klassischerweise zwei Alternativen, zu denen es jeweils Varianten gibt. Die eine, historisch gesehen junge Alternative ist die Wahl von Parlamenten, die andere, mit erheblicher Attraktivität auch und gerade für die heute lebende Generation verbundene Alternative, ist die Volksabstimmung.

Auf den Einfall, in regelmäßigen Abständen Vertreter zu wählen, denen man die Zuständigkeit überlässt und überträgt, einen nicht ausdeklinierten Katalog von entscheidungsvernünftigen Sachverhalten zu behandeln und rechtsverbindlich zu entscheiden mit dem Anspruch der Geltung für alle, ist die Menschheit vergleichsweise erst spät gekommen.

So sehr wir das für eine Errungenschaft unserer Zivilisation halten, so wenig lässt sich übersehen, dass diese Errungenschaft nun ihrerseits wieder mit Zweifeln konfrontiert ist. Eine, nicht die einzige, aber eine besonders relevante Variante in der Artikulation von Zweifeln an der Tragfähigkeit, an der Modernität, an der Zumutbarkeit repräsentativ herbeigeführter Entscheidung erleben wir in Form von populistischen Herausforderungen

Es ist kein Zufall, dass Populismus keineswegs eine vorübergehende und vor Jahren in nur einigen wenigen Ländern exklusiv auftretende Erscheinung ist, sondern ein beinahe globaler Trend, der mit einer beinahe inneren Folgerichtigkeit in genau den Ländern regelmäßig auftritt, in denen er sich unter der Bedingung freier Artikulationsmöglichkeit von von Meinungen am ehesten artikulieren kann.

Die wichtigste Einsicht überhaupt, die Grundeinsicht in diesem Zusammenhang ist die, dass der Volkswille überhaupt nur im Plural vorkommt und im Singular nicht existiert – oder, der Vollständigkeit halber, müsste ich sagen: Nur in der Propaganda kommt er im Singular vor, in der Realität nur im Plural. Man kann das an beliebigen Beispielen durchdeklinieren:

Ob ein Staat seinen Bürgern von ihrem hart verdienten Einkommen Steuern abnehmen soll und, wenn ja, in welcher Höhe, dazu gibt es sehr unterschiedliche Vorstellungen, sicher aber keinen einheitlichen Volkswillen. Ob außer der Besteuerung von Löhnen und Einkommen auch Umsätze besteuert werden sollen, und es außer Umsätzen im Allgemeinen dann auch noch so liebenswürdige Sondereinrichtungen wie Weinsteuer, Sektsteuer, Biersteuer geben soll, dazu gibt es auch profilierte Meinungen, ganz sicher aber keinen einheitlichen Volkswillen.

Ob ein Land Fremde aufnehmen soll, wenn ja, welche, und wie viele, und wie lange, dazu gibt es sehr dezidierte Vorstellungen, aber sicher keinen einheitlichen Volkswillen. Ob man, wenn man welche aufnimmt, dann auch folgerichtig deren Familienmitglieder aufnehmen muss, wenn ja, wie lange und unter welchen Bedingungen; ob man zwischen Menschen, die deswegen kommen, weil sie verfolgt werden, und anderen, die kommen, obwohl sie nicht verfolgt werden, aber den begründeten Eindruck haben, dass sie dort, wo sie leben, keine Zukunftsperspektive haben, die sie bei uns mit traumwandlerischer Sicherheit vermuten; ob man zwischen dem einen oder anderen unterscheiden kann und darf, vielleicht sogar muss, darüber kann man streiten, muss man streiten, weil es keinen einheitlichen Volkswillen gibt.

Ob in ein und derselben Gesellschaft verschiedene Religionen gleichzeitig zugelassen werden sollen oder ob es eine Staatsreligion geben sollte oder eine theoretische Variante; ob Religionen nicht besser prinzipiell verboten gehören, auch dazu gibt es nachweislich sehr unterschiedliche Vorstellungen, sicher aber keinen einheitlichen Volkswillen.

Mit anderen Worten: Der Volkswille ist ein künstliches Produkt, weil er als Naturzustand gar nicht vorkommt. Die historische, wie ich glaube bisher überzeugendste Antwort, die die Menschheit auf die Erstellung dieses Kunstprodukts gefunden hat, ist die in regelmäßigen freien Wahlen zustande gekommene Bestellung von Parlamenten.

Das hört sich so schlüssig an, dass man sich im Lichte dieser Zusammenhänge doch einigermaßen wundern muss, warum der gegenteilige Anspruch so populär ist. Ich glaube, auch dafür gibt es eine Erklärung. Je komplizierter die Zusammenhänge werden; je unsicherer Zukunftsperspektiven werden oder jedenfalls erscheinen; je mehr alles mit allem irgendwie zusammenhängt, sich aber beinahe jeder überfordert fühlt, all diese Zusammenhänge nachzuvollziehen; und je mehr Menschen den im Übrigen begründeten Eindruck haben, dass sie die Fülle der gleichzeitig stattfindenden Entwicklungen weder überschauen noch mit Aussicht auf Erfolg beeinflussen können, desto größer wird die Attraktivität der Auskunft: Das stoppen wir.

Je komplizierter die Welt wird – und unsere Welt ist vermutlich die komplizierteste Version der Welt, die es bislang gab –, desto größer wird die Attraktivität von einfachen Antworten für komplizierte Zusammenhänge. George Bernard Shaw hat mal geschrieben: „Für jede komplizierte Frage gibt es eine einfache Antwort... Und die ist falsch!“ Von der Faszination des ersten Satzes lebt der Populismus, und von der Einsicht in den zweiten Satz lebt die Vitalität einer Demokratie. Es gibt nie einfache Lösungen, jedenfalls sind sie regelmäßig falsch. Sie sind regelmäßig mit Nebenwirkungen verbunden, die man nicht wollen kann, aber in Kauf nehmen müsste, die man

mindestens bedenken muss, bevor man sich zu dieser oder jener scheinbar einfachen Lösung entscheidet.

2018 haben die beiden US-amerikanischen Politikwissenschaftler Steven Levitsky und Daniel Ziblatt eine Untersuchung „How Democracies Die“ vorgelegt. Das Aufregendste an diesem Buch ist, dass man, wenn man es zuklappt, denkt, man hat nichts Neues gelesen. Alles, was die schreiben, hat man mitbekommen. Aber man hat nicht registriert, was eigentlich mit uns und um uns herum längst stattfindet. Die zentrale These der beiden Autoren lautet, in der Vergangenheit war die Demokratie in der Regel bedroht durch das Risiko von Militärputschen, von Bürgerkriegen oder von externer Aggression. Seit Fukuyamas Zeiten, seit dem scheinbar endgültigen Siegeszug der Demokratie, kollabieren Demokratien nicht mehr durch Militärputsche, auch nicht durch Bürgerkriege. Sie kollabieren durch Wahlen. Die Autoren führen ein Beispiel nach dem anderen, mehr als zwei Dutzend Staaten, mit einer erschreckenden Plausibilität auf.

Sie machen auf einen Umstand aufmerksam, den wir gar nicht ernst genug nehmen können, nämlich das, was in den vergangenen Jahren nicht als Horrorszenario für die Zukunft, sondern als empirisch nachvollziehbare Prozesse in vielen Ländern der Welt stattgefunden hat, die Folge von Wahlergebnissen waren, durch die sich in demokratischen Wahlen in Ämter gekommene Führungen legitimiert sehen, die Einschränkung der Unabhängigkeit der Justiz, die Begrenzung von Minderheitsrechten, die Beschneidung der Pressefreiheit mit den Mitteln des Gesetzes einzuführen und durchzusetzen, die am Ende genau diesen Erosionsprozess bedeuten.

Es ist jetzt gerade mal ein gutes Jahr her, seit in der Türkei, aus vielen Gründen in einem für uns wichtigen Partnerland, eine labile, aber sich seit Jahren doch kontinuierlich entwickelnde parlamentarische Demokratie durch ein autoritäres Präsidialsystem ersetzt worden ist, unter sorgfältiger Amputation der Gewaltenteilung durch Volksentscheid. Soviel zur Überlegenheit plebiszitärer Verfahren gegenüber repräsentativen Entscheidungsprozessen.

Im Vergleich dazu ist die Brexit-Entscheidung der Briten – auch durch Plebiszit; die möglicherweise verhängnisvollste Fehlentscheidung in der jüngeren britischen Geschichte, die von vielen Briten ja offenkundig auch so empfunden wird, denn Sie treffen ja niemanden, der dagegen gewesen sein will – noch beinahe die harmlosere Variante. Obwohl die Beschädigungen durch diese Entscheidung, die sich sowohl für unser Land als auch für die Europäische Union ergeben, schon jetzt nur noch schwer zu übersehen sind.

Wir reden also über ein Thema und über längst stattfindende Entwicklungsprozesse, die wir gar nicht ernst genug nehmen können, und bei denen der vielleicht einzig tröstliche, jedenfalls der mit Abstand wichtigste tröstliche Befund der ist: Nichts davon ist zwangsläufig. Es hätte auch anders sein können, als es ist. So wie im Übrigen – ohne die Historie jetzt überstrapazieren zu wollen – das schnelle Scheitern der ersten deutschen Demokratie, ganz sicher nicht zwangsläufig war, auch wenn es eben sicher nicht zufällig erfolgt ist. Die Ursachen lassen sich relativ gut rekonstruieren, und am Ende gilt für den einen wie für den anderen Verlauf: Es ist die souveräne Entscheidung von mündigen Bürgerinnen und Bürgern gewesen, was aus dem jeweiligen Land geworden ist oder in Zukunft wird.

Barack Obama hat gesagt: „Die Demokratie ist immer dann am meisten gefährdet, wenn die Menschen beginnen, sie für selbstverständlich zu halten.“ Sie ist nicht selbstverständlich. Es hat tausende Jahre der Menschheit gebraucht, bis man auf die Idee gekommen ist. Es hat Jahrhunderte

gebraucht, bis diese Idee Realität geworden ist. Wir machen in den Jahrzehnten, die wir hinter uns haben, erstaunliche Erfahrungen, was das Überleben und Scheitern dieser Struktur angeht, und wir nehmen zu selten zur Kenntnis, dass die Demokratie nicht nur eine der größten Errungenschaften unserer Zivilisation, sondern bedauerlicherweise auch eine der labilsten Errungenschaften unserer Zivilisation ist.

Sie steht nicht unter Denkmalschutz. Sie steht und fällt mit dem Engagement ihrer Bürgerinnen und Bürger. Autoritäre Systeme brauchen kein Bürgerengagement. In der Regel mögen sie es auch nicht, und wenn es sein muss, dann verbieten sie es. Demokratien erlauben es nicht nur, sie brauchen es. Vielleicht ist das größte Überlebensrisiko der Demokratie die Großzügigkeit, den eigenen Bürgern politisches Engagement zu ermöglichen, sie aber nicht dazu zu verpflichten. Dass ich nach all dem nur dringend empfehlen kann, die Verantwortung wahrzunehmen, jeder Einzelne für sich, für diese historische Errungenschaft, auch und gerade mit Blick auf die deutsche Geschichte, versteht sich hoffentlich von selbst.

Norbert Lammert (1948) gehörte 1980 – 2017 dem Deutschen Bundestag an und war 2005 – 2017 dessen Präsident. Von 1989 – 1998 war er Parlamentarischer Staatssekretär in den Bundesministerien für Bildung und Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr und danach bis 2002 kultur- und medienpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. 2002 wurde er Vizepräsident des Deutschen Bundestages. Seit Anfang 2018 ist er Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung, deren zuvor seit 2001 war. Norbert Lammert ist Mitherausgeber von kreuz-und-quer.de

11. Februar 2019

Gerd Müller

Zukunftskontinent Afrika!

Afrika ist der Wachstumskontinent des 21. Jahrhunderts: Mitte letzten Jahrhunderts zählte er gerade mal knapp 250 Millionen Einwohner. Bis Mitte dieses Jahrhunderts werden es zehnmal so viele sein: 2,5 Milliarden. Eine riesige Herausforderung, denn an vielem fehlt es schon heute: Nahrung, Wohnraum, Strom, Bildung, Jobs und Lebensperspektiven für die vielen jungen Menschen. So muss in Afrika in den kommenden Jahren mehr in Infrastruktur investiert werden als bei uns in den letzten hundert Jahren: in Energietechnologie, Straßen, Gebäude und vieles mehr. Schon für uns wäre das eine riesige Anstrengung. Um wie viel mehr noch für Länder ohne verlässliche Infrastruktur und Institutionen!

Wir müssen Afrika bei diesen Zukunftsaufgaben zur Seite stehen. Ich selbst schöpfe diese Überzeugung aus meiner Verankerung in der christlichen Soziallehre. Zudem ist es eine Frage der Fairness, denn unser Wohlstand baut in erheblichem Maß auf Afrikas Ressourcen und Arbeitskraft auf.

Und schließlich liegt es in unserem eigenen Interesse, welches Afrika wachsen wird: Ein Afrika der Innovationen, in dem dank moderner Technologien Jahrhundertssprünge gelingen, in dem die Menschen vom Ressourcenreichtum ihres Kontinents endlich selbst profitieren? Oder ein Afrika, in dem Klimakrisen, Kriege, Bevölkerungswachstum, Korruption allen Fortschritt wieder zunichtemachen? Wohin sich Afrika entwickelt, wird auch unsere Zukunft in Europa mit bestimmen. Darum sage ich: Afrika braucht viel mehr Investitionen – politisch wie auch finanziell!

Die Afrikanische Union hat sich vor fünf Jahren mit der „Agenda 2063“ hohe Ziele gesteckt: für Frieden, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, wirtschaftliche Entwicklung. Die Bundesregierung und allen voran das Bundesministerium für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit unterstützen diese Ziele. Der „Marshallplan mit Afrika“ ist unser integriertes Gesamtkonzept dafür. Er baut auf vier Säulen auf: Staatliche Entwicklungsgelder, Privatinvestitionen, Eigenanstrengungen, faire Handelsbedingungen.

Staatliche Entwicklungsgelder bleiben wichtig, um Leuchttürme zu setzen. Wir tun dies erfolgreich auf vielen Gebieten: Etwa für eine moderne Ernährungswirtschaft mit unseren „Grünen Innovationszentren“. Oder für eine klimafreundliche dezentrale Energieversorgung mit Initiativen wie „Grüne Bürgerenergie für Afrika“. Für Bildung, Ausbildung, Gesundheit, für Ressourcenschutz, Anpassung an den Klimawandel. Aber staatliche Gelder allein können die Herausforderungen niemals lösen. Neun von zehn Jobs schafft die Privatwirtschaft. Hinzu kommt: Viele afrikanische Länder wollen längst eine Zusammenarbeit, die noch stärker wirtschaftliche Kooperation fördert.

Ghana beispielsweise, wo derzeit der dritte „German African Business Summit“ stattfindet, ist in den vergangenen zwei Jahren um mehr als 8 Prozent gewachsen – die Elfenbeinküste, Ruanda und Senegal verzeichnen 7 Prozent Wachstum.

Kurzum: In Afrika liegen Zukunftsmärkte! Aber bisher sind dort nur rund 1.000 der rund 400.000 international tätigen deutschen Unternehmen engagiert – gegenüber rund 10.000 chinesischen Firmen. Von den deutschen Auslandsinvestitionen gehen nicht einmal ein Prozent nach Afrika. Es gibt also noch großes Potenzial. Unsere Unternehmen sollten in Afrika investieren. Denn sie bringen zusätzlichen Mehrwert – nicht nur Know-how, Wachstum und Jobs, sondern auch neue Ausbildungsplätze, gute Arbeitsbedingungen und Umweltschutz.

Um solche verantwortungsvollen Privatinvestitionen zu fördern, haben wir ein umfangreiches Entwicklungs-Investitionspaket auf den Weg gebracht. Dafür werden wir in den nächsten drei Jahren insgesamt bis zu einer Milliarde Euro bereitstellen. Zielgruppe sind insbesondere kleine und mittlere Unternehmen. Die wesentlichen Punkte: leichtere Finanzierungsmöglichkeiten, Ausbau des Beratungsangebots, bessere Absicherung von Investitionen und die zielgerichtete Entwicklung von Technologiestandorten.

Bisher gab es für deutsche und europäische KMU oft keine angemessenen Finanzierungsangebote. Diese Lücke wollen wir mit einem Investitionsfonds namens „AfricaConnect“ schließen. Ein weiterer Fonds, „AfricaGrow“, wird sich unmittelbar an afrikanische KMU richten. Die haben oft hohes Wachstumspotenzial, aber kaum Zugang zu Krediten. So wollen wir den Aufbau eines „African Mittelstand“ unterstützen.

Darüber hinaus wird die Bundesregierung mit einem „Wirtschaftsnetzwerk Afrika“ die bisherige entwicklungspolitische und außenwirtschaftliche Beratung bündeln – denn vielfach fällt deutschen Unternehmen die Einschätzung der örtlichen Gegebenheiten schwer. Zudem haben wir für eine Reihe von afrikanischen Ländern die Risikoabsicherung für Unternehmen durch die so genannten Hermes-Bürgschaften vergünstigt. Erste Erfolge sind sichtbar: Schon in der ersten Jahreshälfte 2018 lag das Deckungsvolumen für Afrika bei über einer Milliarde Euro – höher als im gesamten Jahr davor. Das bedeutet: Deutsche Unternehmen realisieren doppelt so viele Vorhaben!

Hinzu kommt die neue Sonderinitiative Ausbildung und Beschäftigung. Sie soll gezielt Investitionshürden beseitigen und Ausbildungs- und Job-Partnerschaften zwischen deutschen und afrikanischen Unternehmen begründen. In Tunesien ist der Anfang bereits gemacht: Dort konnte ich sieben Kooperationsabkommen mit deutschen Unternehmen abschließen. Sie werden verstärkt ausbilden und bis 2020 7.500 neue Arbeitsplätze schaffen!

Aber zu allererst haben es die afrikanischen Regierungen in der Hand: Sie müssen Korruption bekämpfen, Verwaltungen, Zollformalitäten, Unternehmensgründungen und Transporte effizienter und günstiger machen. Sie müssen in Ernährung, Bildung und Gesundheit investieren. Wir unterstützen daher insbesondere die Staaten, die bei alledem vorangehen. Ghana, Tunesien und die Elfenbeinküste sind bereits unsere „Reformpartner“. Weitere Reformpartnerschaften verhandeln wir derzeit mit Äthiopien, das unter seinem neuen Regierungschef Abiy Ahmed Ali große Fortschritte macht; und mit Senegal und Marokko.

Wichtig ist auch, dass Afrikas Märkte größer und damit attraktiver werden. Nur 17 Prozent der afrikanischen Exporte bleiben auf dem Kontinent – in Europa sind es 65 Prozent. Mit der 2018 in Kigali beschlossenen kontinentalen Freihandelszone könnte Afrika der größte Binnenmarkt der

Welt werden – wir beraten bei der Umsetzung!

Faire Regeln für Handel und Globalisierung sind die Voraussetzung für die Entwicklung unseres Nachbarkontinents. Afrikas Produkte müssen tatsächlich Zugang zu europäischen Märkten erhalten. Mauretanien zum Beispiel hat großartigen Fisch. Aber den Produzenten fällt es schwer, die strengen EU-Vorschriften einzuhalten. Wir können und müssen helfen, dass Produkte europäischen Standards genügen.

Afrika ist unser Nachbar. Wir brauchen aber eine Partnerschaft, die nicht nur aus dieser Nachbarschaft erwächst, sondern auch aus dem Herzen – aus der Faszination für einen Kontinent mit ungeheurem kulturellem Reichtum, Lebensfreude, mit Unternehmergeist und innovativen Ideen. Afrika kann Jahrhundertssprünge machen! Deutsche Unternehmen sollten bei dieser Entwicklung in Afrika dabei sein – und mit vorausgehen.

***Dr. Gerd Müller** (1955) ist Mitglied der CSU und war von 1989 bis 1994 Mitglied des Europäischen Parlaments. Seit 1994 ist er Mitglied des Deutschen Bundestags. 2005 wurde er Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz. Seit 2013 ist er Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Der Wirtschaftspädagoge ist verheiratet und hat zwei Kinder.*

18. Februar 2019

Helmut Stahl

Mut zur Artenschutzpolitik

Die Welt ist voller Konflikte, realer wie inszenierter. Ob schreckliche wie in Syrien, ob um Brexit oder Dieselfahrverbote. Dazu Selbstinszenierungen egomanischer Politiker oder dumpfer Populisten. Das beschäftigt.

Das beschäftigt so sehr, dass oftmals nicht wahrgenommen wird, dass Lebensgrundlagen schwinden. Alles scheint im immerwährenden Moment wichtiger. Durchgesetzt hat sich – bis auf Irrläufer oder politische Esoteriker – die Erkenntnis, dass der menschengemachte Klimawandel lebensbedrohend ist. Weniger erkannt und in der öffentlichen Wahrnehmungskultur rezipiert ist eine ebenbürtige, ebenfalls menschengemachte Bedrohung: der dramatische, sich weltweit vollziehende Einbruch der Artenvielfalt (Biodiversität). Mit dem „6. Artensterben“ (E. Kolbert) droht eine nicht reparable Schädigung der „Software“, die Natur und damit Nahrungsgrundlagen produktiv erhält.

Flut Roter Listen

Das Insektensterben hat mit dem Problem konfrontiert. Dass in drei Dekaden Dreiviertel des Insektenbestandes verloren gingen, ist dramatisch. Die Dramatik beschränkt sich jedoch nicht auf Insekten. „Die Flut mittlerweile veröffentlichter Roter Listen ... ist kaum noch zu überblicken“; inzwischen dürften es über 350 sein (P. Berthold). Die Gefahr eines „ökologischen Kollapses“ wächst.

Es bedarf keiner großen Vorstellungskraft für Szenarien einer aus dem biologischen Gleichgewicht geratenen Welt: Ernteaufschläge durch Resistenzen, schrumpfende Erträge an Obst und Feldfrüchten durch Ausfall von Bestäubern oder Verluste fruchtbarer Böden durch sich aufbauende Belastungen bei verringerter Regenerationsfähigkeit.

„Von der 370.000 bekannten Pflanzenarten haben nur etwa 150 eine weltwirtschaftliche Bedeutung, davon ernähren die „Big Five“ (Weizen, Mais, Reis, Hirse und Sojabohnen) 75 % der Weltbevölkerung“ (W. Barthlott). Wer wagt eine Wette darauf, dass die Agrarchemie das „Wettrüsten“ gegen „Schädlinge“ der hochgezüchteten, in Monokulturen erzeugten „Big Five“ gewinnt? Resistenzen gegen Pflanzenschutzmittel und deren Nebenwirkungen werden ein immer heißeres Thema. Alexander von Humboldt hatte Recht: „Alles ist Wechselwirkung“.

Eine aktive Artenschutzpolitik tut Not:

Wissen schaffen

„Der Rückgang der biologischen Vielfalt führt zum Verlust von Gütern, Leistungen und Werten für den Menschen“ – so mit gebündelter Kompetenz 2018 die Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina, die Deutsche Akademie der Technikwissenschaften und die Union der deutschen Akademien der Wissenschaften. Aber wie wirkt was im Ökosystem wie zusammen? Wo liegen Toleranzen, wo Grenzen? Was geschieht, wenn was wegbriecht, wann und warum treten Kippdynamiken („Dominoeffekte“) auf, was ist unbedingt schutznotwendig, was eher hinnehmbar. Und: was verändert sich im Zeitablauf, wann geht was mit welcher Wirkung verloren und wann

wird es akut gefährlich? Fragen, die gegenwärtig niemand beantworten kann.

Zeitkritisch ist der Aufbau eines „Zentrums für Biodiversitätsmonitoring“ (W. Wägele). Es braucht Grundlagenforschung, interdisziplinäre Forscherteams und Langzeitbeobachtung. Da von der biologischen Vielfalt „Lebensqualität, Gesundheit und gesellschaftliche Entwicklung“ abhängen und „das Wissen über den Zustand und die Gefährdung der Arten und ihrer Lebensräume von zentraler Bedeutung“ ist (Bundesregierung, 2018), duldet das keinen Aufschub.

Ökologische Immunsysteme stärken

Den Artenschutz allein an „die Politik“ adressieren ist wohlfeil. Nach dem Grundgesetz geht alle „Staatsgewalt vom Volke“ aus. Wenn – überspitzt formuliert – das Volk den ökologischen Kollaps ignoriert oder gar negiert, ist Politik nicht zuvörderst anzulasten, wenn viel zu wenig geschieht.

Auch unabhängig von notwendigen Erkenntnisfortschritten durch Wissenschaft und Forschung kann vieles getan werden zur Stärkung des „ökologischen Immunsystems“. Etwa bei Gestaltung von Grünflächen, Parks oder Gärten.

„Kaum einem europäischen Großstädter ist bewusst, dass das, was er in der Stadt als Natur erlebt, eher dem Sortiment eines Kolonialwarenladens entspricht als einer natürlich gewachsenen Lebensgemeinschaft“. Bei Bäumen und Sträuchern übersteigen gebietsfremde Arten das heimische Angebot um das Zwanzigfache. „Was den Gärtner freut, kommt für die Spezialisten unter den heimischen Tieren einer von Sadisten arrangierten Hungerkatastrophe gleich“ (B. Kregel). Warum nicht Heckenrose, Kornelkirsche oder Holunder statt Kirschlorbeer oder Thuja? Damit wäre für die Biodiversität schon einiges gewonnen, ohne das es jemandem „weh tut“. Zudem können Städte als „Nature-Smart-Cities“ Leitbildcharakter gewinnen, begrünte Dächer, Mauern und vernetzte Räume entstehen lassen, die heimischen Tierarten neue Lebensräume verschaffen. Eine wichtige Aufgabe für engagierte Stadtmenschen und eine kreative Kommunalpolitik!

Natur verstehen

Erziehung und Bildung sind Schlüssel zur Bewahrung einer vielfältigen Natur. Das Staunen von Kindern beim Erfahren von Natur beglückt. Nur sind pädagogische Situationen für diese Erlebnisse rar geworden. Mit dem Mangel an Chancen dazu entsteht ein Fadenriss vieler junger Menschen bei der Suche nach Ursprünglichkeit. Biologieunterricht und Stellenwert der biologischen Umwelt sind marginalisiert – Fernwirkung einer fehlleitenden Prämisse der frühen Neuzeit; „Die Natur ist so eingerichtet, dass sie sich von selbst erhält“ (R. Safranski). Das spiegeln Lehrpläne wie Ausbildung von Lehrenden in ihrer Dürftigkeit für ein großes Zukunftsthema. Bildungspolitik ist hier im Kontext einer Artenschutzpolitik gefordert.

Politik und Staat in der Pflicht

„Die biologische Vielfalt ist ein öffentliches Gut, für das kein Markt existiert“ (Leopoldina u.a.). Sie ist somit in Obhut des Staates. Insbesondere das Bundesnaturschutzgesetz dient der biologischen Vielfalt und der Sicherung der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes. Das bleibt wichtig, ist gemessen an den Risiken eines ökologischen Kollapses jedoch bei weitem nicht ausreichend. Das geltende Recht hat den dramatischen Artenschwund nicht verhindert und kann dies auch zukünftig nicht.

Politik braucht Mut für einen neuen Politikansatz. Ein Einstieg ist gemacht. Erstmals nennt der Koalitionsvertrag (2018) der Großen Koalition im Bund den Schutz der biologischen Vielfalt als

Auftrag von Regierungshandeln. Das ist ein Fortschritt!

Damit Wollen erdet, bedarf es Maßnahmen. Dabei kann die Artenschutzpolitik die Menschen „mitnehmen“. Ein breites Spektrum an Anreizen ist denkbar: vom „Nudging“ über Gestaltungswettbewerbe für Gärten und Parks, Selbstverpflichtungen, nachhaltige Blühstreifen-Förderung bis hin zu Taxonomie-Lernprogrammen. Dazu Ausweitung von Vertrags-Naturschutz, Systematisierung von Biotopverbänden oder Implementierung von Monitoringtechniken. Manches davon geschieht – allerdings eher „im Kleinen“, ohne das Dach eines bundesweiten Gesamtkonzepts.

Artenschutzpolitik kann eine gesellschaftliche „Lernkurve“ erzeugen, die Veränderungsnotwendigkeiten vermittelt und Akzeptanz schafft. Damit können auch politische Mehrheiten erreicht werden. Artenschutzpolitik justiert Perspektiven von Politik neu und anders. Sie überwölbt Kompetenzebenen und Ressortzuschnitte. Ob ihrer Bedeutung für die Sicherung von Lebensgrundlagen gehört sie als Gestaltungsauftrag in den politischen Wettbewerb. „Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit“ (Art. 21 GG). Das beinhaltet auch ihre „Bringschuld“ für Konzepte. Bürgerinnen und Bürger warten darauf.

Bears Gesetz gilt

Artenschutzpolitik wird sich nicht streitfrei etablieren und widerstandslos durchsetzen. Aber: „Bears Gesetz“ (Karl Ernst von Baer, 19. Jahrh.) gilt. Danach durchlaufen bedeutsame Neuerungen drei Stadien: zuerst werden sie diskreditiert, dann als gegen alle Vernunft verstoßend kritisiert und schlussendlich akzeptiert, selbstverständlich unter ausdrücklicher Betonung früherer Gegner, dass sie das alles schon immer gesagt und gewollt hätten.

***Helmut Stahl** (1947), Diplom-Volkswirt, Staatssekretär a.D., Mitglied des Landtages NRW von 2000 – 2010, davon die Zeit ab 2005 Vorsitzender der CDU – Landtagsfraktion, seit März 2017 Präsident der Alexander-Koenig-Gesellschaft (Förderverein des Zoologischen Forschungsmuseums Koenig in Bonn), Hobby-Ornithologe und stv. Vorsitzender der Nordrhein-Westfälischen Ornithologengesellschaft.*

25. Februar 2019

Joachim Gerhardt

„Hier stehe ich und kann nicht anders“

Wie der Karneval seit je her die Konfessionen vereint

Um ein für alle Mal mit dem Vorurteil aufzuräumen, Protestanten steigen zum Lachen in den Keller oder sind gar völlig spaßbefreit, hier mein Lieblingswitz:

Ein katholischer, ein orthodoxer und ein evangelischer Pfarrer befinden sich auf ökumenischer Einkehrreise im Heiligen Land und stehen andächtig am See Genezareth. „Es war hier, dass unser Herr über den See lief“, sagt der orthodoxe Bruder ganz ergriffen. „Folgen wir ihm doch nach“, ruft der Protestant begeistert. Gesagt, getan. Der Katholik fängt an und geht sicheren Schrittes über das Wasser ans andere Ufer. Der Protestant folgt. Der Orthodoxe zögert. Doch er sieht am anderen Ufer winkend die Kollegen stehen, macht sich auf den Weg und – patscht, nach weniger Schritten bricht er ein und muss ans andere Ufer schwimmen. Sagt der Katholik zum Protestanten: „Hätten wir dem Bruder vielleicht doch zeigen sollen, wo die Steine liegen.“

Ein kleines Bonmot darüber, wie der Glaube im Leben auch auf unsicherem Terrain Orientierung geben kann. Gut zu wissen, wenn einem die Kirche sagt, wo die Steine liegen. Allerdings gibt es noch eine kurze Fortsetzung. Denn der protestantische Bruder erwidert: „Welche Steine?“

Ich sage ehrlich, welche Konfession in diesem Bibliodrama welche Rolle übernimmt, ist austauschbar. Alle Versionen sind überliefert. Mir gefällt diese, weil wir Protestanten eben besonders auf die Kraft des Wortes vertrauen. Und das „Wort Gottes“ ist auch ein Wort des Lachens, die „frohe Botschaft“ eben, wie das griechische Wort „Evangelium“ auf Deutsch heißt.

Ok, von Martin Luther wird berichtet, dass er dem Karneval höchst kritisch gegenüberstand. Das soll nicht verschwiegen werden. Das „maßlose Treiben und die Völlerei“ der Tage vor Aschermittwoch waren ihm ein Übel. So steht der Wittenberger Reformator leider Gottes für die vermeintlich traditionelle Distanz der Protestanten zum närrischen Treiben. Das ist aber nur die halbe Wahrheit. Schon bei Luther. Denn der liebte ohne Frage die Geselligkeit, braute selbst Bier und konnte das Leben in vieler Hinsicht mit Leib und Seele genießen. Seine Geißelung des Karnevals war theologisch und zielte auf die zweifelhafte Frömmigkeit, es vor der Passionszeit noch einmal richtig krachen zu lassen, um anschließend umso mehr der kirchlich verordneten Buße und Fastenpflicht zu bedürfen. Das konnte nicht zum Segen gereichen, fand Luther – und wer mag da heute widersprechen.

Darum möchte ich daran erinnern: In meiner wunderbaren Stadt Bonn am Rhein waren und sind es immer wieder auch Protestanten, die sich um die Brauchtumpflege der jecken Tage verdient gemacht haben und das immer wieder neu tun. Allen voran der große Dichter, Theologe und Freiheitskämpfer Gottfried Kinkel. 1843 setzte sich dieser vehement dafür ein, dass wieder ein Rosenmontagszug durch die Stadt ziehen konnte und nahm auch selbst daran teil. Ein karnevaleskes Bekenntnis gegen die Preußen, die aus Angst vor Unruhen und unkontrollierbaren Umtrieben wie auch an anderen Orten des Rheinlands den Festkarneval dieser Art untersagt hatten. Na gut, die Preußen waren zumeist auch evangelisch – aber die kamen halt aus Berlin.

Auch Kinkels Frau Johanna gehörte zu den Förderern des Karnevals. Für das protestantische Liebespaar war das närrische Treiben Ausdruck ihrer zutiefst demokratischen Gesinnung, reißt der Karneval doch die Standesunterschiede ein und führt alle Menschen zusammen. Für Freiheit und Gleichheit, das war das Motto! Mit einem flammenden Aufruf warb Gottfried Kinkel für die Pflege der jecken Session. 1850 verfasste er sogar ein eigenes Karnevalslied, das in die provokante Zeile mündet: „Jetzt ist Zick für de Revolution!“ Hier liegen die Ursprünge für den politischen Karneval, der sich bis heute in den Mottowagen der Umzüge erhalten hat. Und gewissermaßen auch für die bei uns gepflegte fröhliche Ökumene.

Natürlich kann man fragen als jemand, der gerne im Rheinland lebt (und wer tut das nicht!): War die Reformation im Rheinland nicht eigentlich überflüssig?

Denn genau beobachtet ist der Rheinländer – vornehmlich in seiner kölschen Art – per se immer schon ein geborener Protestant: im Grunde seines Herzens ein Rebell, der alle Eingriffe der Obrigkeit verabscheut. Der in Ruhe leben will und deshalb auch alle anderen in Ruhe leben lässt. Reformatorisch vorbildlich ist sein persönliches Verhältnis zum „Herrjott“, das allein vom eigenen Gewissen bestimmt wird.

Die Quellenlage ist zwar dünn – der Rheinländer redet eben lieber, als dass er schreibt –, dennoch kann festgehalten

werden: Auch ohne den Sachsen Luther hatte der Rheinländer längst bemerkt, dass mit den Kirchenoberen, ihrer verquastenen Theologie und ihrem verlotterten Leben, nicht viel anzufangen war. Fast lässt sich sagen, dass Luthers Suche nach dem gnädigen Gott erst in der rheinischen Theologie vollendet ist: in der Glaubensgewissheit, „dat Jott, wenn et en os jute Jründ` ewe jüt, von sich us gnädisch ist“.

Evangelisch und katholisch, Reformation aus tiefem Gottvertrauen und unbeschwerte Ökumene – all das ist im Rheinland also kein tolles Thema, sondern seit Urzeiten gewöhnlicher Alltag und das findet in der Karnevalszeit seine selbstverständliche Bestätigung. Wenn da nicht ein fundamentaler Zweifel bliebe. In einem Punkt stehen sich nämlich der Reformator und der Rheinländer diametral gegenüber. „Hier stehe ich und kann nicht anders“, bekannte Luther vor dem Kaiser in Worms. Der Rheinländer kann eigentlich immer anders – oder?

Joachim Gerhardt (1967), ist Pfarrer, Journalist und Publizist aus Bonn. Gebürtig aus Niedersachsen (Göttingen) ist das Rheinland ihm und seiner Familie längst zur Heimat geworden. An der Lutherkirche in der Bonner Südstadt ist er Gemeindepfarrer und zugleich „Pressepfarrer“ des Evangelischen Kirchenkreises Bonn. Regelmäßig „on air“ mit geistlichen Gedanken über Gott und die Welt im WDR und Lokalradio NRW.

6. März 2019

Claudia Lücking-Michel

Jede Enttäuschung ist das Ende einer Täuschung

Ein Rückblick auf die Kinderschutzkonferenz im Vatikan

Um das gleich am Anfang zu sagen: Es war gut, dass Ende der letzten Woche der erste Anti-Missbrauchsgipfel von Bischöfen im Vatikan stattgefunden hat. Am Ende war er für mich eine große Enttäuschung. Ich hatte wenig erwartet, meine Erwartungen wurden unterboten. Doch trotzdem, ohne diese Konferenz, stünde die katholische Kirche jetzt noch schlechter da als mit.

Diese Versammlung von Vorsitzenden der nationalen Bischofskonferenzen weltweit war zunächst das Ende einer großen Täuschung. Wer je vorher noch gemeint hat, Kindesmissbrauch wäre als Thema für die Kirche nur für manche Kontinente von Relevanz; müsste zunächst in anderen Organisationen angegangen werden, weil da das Problem noch viel größer wäre als in der Kirche; wäre ein Problemvielleicht noch der 50er Jahre, aber doch nicht mehr heute oder gar wäre überhaupt kein Thema für die „ecclesia sancta catholica“, da diese doch Heilsinstrument der Gnade Gottes sei, der sollte jetzt eines besseren belehrt sein und sich nicht länger irgendwelchen Täuschungen oder Illusionen hingeben. Allein durch die Tatsache, dass Papst Franziskus das Thema in diesem Rahmen auf die Agenda gesetzt und keinen Aufwand gescheut hat, sein führendes Leitungspersonal zusammen zu trommeln, wurde klar: Die Verantwortlichen in der katholischen Kirche haben da ein Problem.

Diese Konferenz war eine Enttäuschung. Natürlich muss es zuerst um die Opfer gehen. Sie stehen im Mittelpunkt der Sorge, danach richtet sich der Blick auf die Täter, rückhaltlose Verfolgung Aufklärung ist angesagt. Prävention muss weiteren Missbrauch verhindern. Doch das sind erstmal nur die notwendigen Maßnahmen, alles zusammen bei weitem noch nicht ausreichend. Die MGH Studie spricht darüber hinaus ganz klar von systemischen Ursachen und meint damit eindeutig das System Kirche und den Umgang mit Macht. Wer an dieser Stelle, wie zum Beispiel unser offene Brief an Kardinal Marx, Gewaltenteilung in der Kirche, echte Teilhabe aller Getauften und Gefirmten, das Ende des Pflichtzölibats und vor allem die gleichberechtigte Zulassung von Frauen zu allen Weiheämtern forderte, bekam den Vorwurf des „Missbrauchs vom Missbrauch“ zu hören. Ich antworte darauf nur: Hier missbrauchen einige weiterhin ihre Macht, um jede Machtteilung und -kontrolle zu verhindern.

Am vorletzten Tag der Versammlung sprach Kardinal Marx, der Vorsitzende der deutschen Bischofskonferenz, zu den Versammelten. Sein großes Thema war die Forderung nach einer besseren kirchlichen Verwaltung. In Blick auf so manche Ortskirche, das war ihm bewusst, musste er überhaupt erstmal eine Verwaltung einfordern. Eine effizientere Verwaltung? Das hört sich nach Aktenordnern und Büroklammern an, doch jeder, der wie ich viel in anderen Teilen des Globus unterwegs ist, weiß: eine gute Verwaltung ist der Anfang von Rechtssicherheit, Schutz vor Korruption, Voraussetzung für effizientes und zielgerichtetes Handeln.

Marx hat einen sehr wichtigen Punkt aufgerufen. Aber jenseits des Aktenstaubs gibt es eine wirklich gute Verwaltung nur, wenn die Unabhängigkeit der Handelnden von den jeweiligen Autoritäten gesichert ist. Ansonsten sorgt eine bessere Verwaltung nur dafür, dass auch ein schlechtes System sich selbst besser schützen kann. Innerkirchlich wird eine Verwaltungsgerichtsbarkeit, die den Ansprüchen eines modernen Rechtssystems genügt in Deutschland seit der Würzburger Synode gefordert. Gleichheit aller, ob Laie oder Kleriker oder gar Bischof vor den Verfahren und so basale Sachen wie Zugang zu Informationen, Rechtssicherheit und die Möglichkeit Berufung einzulegen, alles offene Punkte auf der To-do-Liste. Ich bin enttäuscht, so weit ist Marx in seiner Rede leider nicht gekommen. Doch dass Thema muss auf der Agenda bleiben.

Die aufmerksam erwartete Abschlussrede von Papst Franziskus war dann für mich nicht nur enttäu-

schend, sondern schier unerträglich. Als Vertreter einer Täterinstitution sprach er mehr als die Hälfte der Zeit von anderen Tätern. Statt sich auf den Kindesmissbrauch in der Kirche zu konzentrieren, rief er alles Elend der Welt auf, das Kinder treffen kann, von dem Schicksal eines Kindersoldaten bis zum Opfer bei heidnischen Riten (Wie bitte? Hatte er ein falsches Manuskript?). Und ich war enttäuscht, weil er keine einzige konkrete Maßnahme oder Konsequenz als Ergebnis der letzten Tage auch nur in Aussicht stellte. Stattdessen wurden die ungläubig Zuhörenden auf Kommissionen und Arbeitsgruppen verwiesen, die da alle erst noch kommen sollen.

Das war es also mit dem Missbrauchsskandal in der Kirche? Nein, zwei Tage nach Ende des Gipfels sorgte die Verurteilung des Australiers Kardinal Pell dafür, dass das Thema nicht aus den Schlagzeilen der Weltpresse gerät. Hoffentlich sorgen auch unsere deutschen Bischöfe dafür, dass ihre Leitlinien zur Prävention, Umgang mit den Opfern und Zusammenarbeit mit der Staatsanwaltschaft nicht aus der öffentlichen und kirchlichen Aufmerksamkeit rutschen. Hoffentlich ist ihnen klar, dass alles Kurieren an Symptomen nicht reicht, wenn man die Ursachen, nämlich den Umgang mit Macht, nicht angeht.

Nach so vielen Enttäuschungen mache ich mir also keinerlei weitere Illusionen. Die Tage in Rom haben gezeigt, wie weit der Weg ist, der vor uns als Kirche liegt und dass man nur sehr langsam vorankommt, wenn man so einen großen Tross, wie die katholische Weltkirche mit sich schleppen muss. Da geht es nur Schritt für Schritt, und man ist schon froh, wenn die Karawane nicht umkehrt, nicht stehenbleibt, sondern wenigstens in die richtige Richtung weiter zieht.

Dabei sollten sich die kirchlichen Verantwortlichen auch nicht täuschen: Der Weg zum Gipfel war sicher anstrengend, die Debatten in Rom sehr fordernd, doch es bleibt keine Zeit für eine Pause. Die Zeit für Reformen war eigentlich gestern, heute findet zumindest in Deutschland schon die große Revolution des Weglaufens statt. Gerade die Katholikinnen und Katholiken, die sich theologisch und kirchenpolitisch in der Mitte positionieren, verhungern in der Zwischenzeit spirituell und verlieren ihre kirchliche Heimat. Enttäuscht haben sie die Hoffnung aufgegeben, dass es noch eine Wende für sie geben könnte, aber sie sind zu loyal, um auf die Barrikaden zu gehen. Ein offizieller Kirchenaustritt ist für sie vielleicht (noch) nicht vorstellbar, aber viele ziehen sich in die innere Emigration zurück.

Engagierte Katholikinnen aus dem Münsterland rufen jetzt zum Kirchenstreik auf. Unter dem Namen Maria 2.0 fordern sie, dass Frauen am Sonntag, den 11. Mai vor den Kirchen streiken, statt in der Kirche die Reihen zu füllen. Ich höre schon die Kritikerinnen und Kritiker, die sagen, wenn es um Liturgie und Gottesdienst geht, kann man und frau nicht streiken. Das habe ich auch lange gedacht. Jetzt finde ich, diese Aktion zeigt, wie ernst es den Frauen mit ihrer Kirche ist, zeigt die innere Verbundenheit der Streikenden, aber auch ihre Notlage. Ich unterstütze die Aktion.

Ist das Glas nach der großen Kinderschutzkonferenz nun halbleer oder halbvoll? Meine Antwort: Da ist nur etwas Wasser am Boden, passen wir auf, dass wir das nicht auch noch verschütten, denn schon so reicht der Wasservorrat nicht mehr lange. Täuschen wir uns nicht, die Botschaft, die wir eigentlich verkünden wollen, kann uns niemand glauben, wenn er fürchtet von Verantwortlichen in der Kirche getäuscht zu werden und an den wahren Absichten zweifeln muss. Hoffentlich sehen wir, wenn wir alle gründlich enttäuscht wurden, wenn alle Täuschung aufgehoben ist, das bei uns an Glaubensbotschaft wirklich noch etwas übriggeblieben ist.

Dr. Claudia Lücking-Michel (1962) ist katholische Theologin und seit 2018 Geschäftsführerin der AGEH. Bis 2017 war sie CDU-Bundestagsabgeordnete, zuvor von 1997 – 2004 Abteilungsleiterin bei Misereor und 2004 – 2013 Generalsekretärin des Cusanus-Werkes. Sie ist Vizepräsidentin des Zentralkomitee des Katholiken (ZdK).

11. März 2019

Frank Überall

Journalismus gegen Fake-News

Fake News hat es immer gegeben: Bei den Lästereien beim Familientreffen oder als „Ente“ in den Medien. Und auf den von Erich von Däniken längst angekündigten Besuch von Außerirdischen warten wir nach wie vor vergeblich. Was sich geändert hat, ist unser Umgang mit „falschen“ Nachrichten. Das liegt auch daran, dass unser Medienkonsum exorbitant zugenommen hat.

Stellen wir uns einmal vor, wir hätten damit begonnen, in diesem Umfang mehr Nahrung zu uns zu nehmen – die Folgen wären dramatisch ungesund. Wie können wir da auf die vermessene Idee kommen, dass ein „Immer Mehr“ an vermeintlich geistiger Nahrung hilfreich sein könnte? Würde der Konsum der Texte, Töne und Bilder aus dem Internet tatsächlich zur Bildung beitragen, wäre die Idee nicht falsch. Wir stopfen uns aber eher mit „Fast Food“ voll, zumindest wenn man Nutzungsstatistiken vertraut. Das Katzenvideo schlägt den polit-philosophischen Essay, Hasstiraden sind eingängiger als Lobeslieder, digitale Rülpsen erreichen mehr Nutzer als ausgewogene Argumentationen.

Mitten im Meer der Medien-Überflutung versucht der Journalismus, sich zu behaupten. Im Ringen um Aufmerksamkeit und Wertschätzung fällt das aber schwer. Viele Menschen, und nicht bloß junge, wollen für professionelle, redaktionelle Produkte längst kein Geld mehr ausgeben. Unternehmen schalten ihre Anzeigen lieber bei den digitalen Datenkraken und immer seltener dort, wo journalistische Profis Information und Einordnung bieten.

Damit erodieren für unabhängige Medien die beiden wichtigsten Einnahmesäulen. Journalismus wird zum Luxusgut. Dabei wird er für die Demokratie gebraucht. Denn ohne professionell recherchierte und aufbereitete Informationen kann ein breiter öffentlicher Diskurs nicht gelingen.

Das bedeutet für die Menschen, die Journalismus als Beruf ausüben, ungewohnte Herausforderungen. Plötzlich sind wir in der Situation, dass wir erklären müssen, was wir machen. Es ist nicht mehr selbstverständlich, dass die Produkte unserer Arbeit etwas Außergewöhnliches sind. Es wird der Eindruck erweckt, dass Texte, Töne und Bilder doch schließlich von jedem erstellt werden könnten. Und überhaupt: Oft würden wir doch „Falsches“ berichten, gesteuert von Regierungen und Unternehmen, womöglich sogar von Außerirdischen...

Wir brauchen einen Ausweg aus dieser Spirale des Unsinn. Wenn es um unser aller Wohl geht, muss eine neue Ernsthaftigkeit einkehren. Dazu gehört auch eine Wertschätzung gegenüber denjenigen, die Öffentlichkeit prägen. Und es ist ja nicht so, dass diese Haltung verschwunden wäre – ganz im Gegenteil. Studien beweisen, dass viele etablierte Medien (und ihre Macher) immer noch oder wieder für äußerst vertrauenswürdig gehalten werden. Diese Menschen schreien das nur nicht laut heraus, pöbeln mit ihrer Meinung nicht im Internet.

Um dauerhaft Wertschätzung gegenüber dem Journalismus erhalten zu können, ist es aber auch wichtig, sich immer wieder bewusst zu machen, mit welchem gesellschaftlichen Teilbereich wir es da zu tun haben. Die Herausforderungen der digitalen Welt wirken sich in allen Lebensbereichen aus. In Bezug auf die Nutzung von Medien stellen wir aber fest, dass es durchaus Sinn macht, die Kompetenz dazu stärker zu thematisieren. Das muss in den Schulen anfangen, gehört aber auch in

die gesamtgesellschaftliche Debatte. Wer sich nur noch mit „Fake-News“, „Hate-Speech“ und „Shitstorms“ beschäftigt, kann schnell ein pessimistisches Bild von unserem Zusammenleben bekommen. Das ist dann wie beim Fast Food: Auf Dauer kann das nicht gesund sein.

So manche Formation an den extremen politischen Rändern greift diese Stimmung in fataler Weise auf. Da wird Journalismus als „Lügenpresse“ diffamiert, da wird Gewalt gegen Medienvertreter propagiert. Bei Demonstrationen kann man immer häufiger beobachten, dass solche Äußerungen auf fruchtbaren Boden fallen: Journalisten werden beschimpft und sogar gewalttätig angegriffen.

Als Kampfbegriff wird auch gerne „Systempresse“ aufgerufen. Und in der Tat – viele dieser Extremisten bringen es damit korrekt auf den Punkt. Allerdings anders, als sie meinen: Denn unser System ist die Demokratie, also die Herrschaft der Menschen. Wer dieses System ablehnt, hat im unabhängigen den Gegner zutreffend identifiziert. Von böartigen Angriffen dieser Extremisten dürfen sich Medienvertreter nicht einschüchtern lassen.

Wir Journalisten müssen aber auch überlegen, wie wir das Publikum besser erreichen. Natürlich gibt es noch sehr viele Menschen, die Zeitungen und Zeitschriften lesen, Radio hören und Fernsehen gucken. Im Internet dagegen gehen unsere Medienhäuser zuweilen verzagt vor. Erst haben vor allem die Zeitungsverlage ihre Inhalte kostenlos ins Netz gestellt, bloß um Reichweite zu bekommen. Erst spät stellten sie fest, dass das kein Geschäftsmodell ist und die Gratis-Mentalität die Branche inzwischen grundsätzlich in Frage zu stellen droht.

Viele Medien haben für ihre redaktionellen Netz-Angebote inzwischen „Paywalls“ hochgezogen, also Bezahlmodelle eingeführt. Und das ist auch gut so. Denn Journalismus ist auf Dauer nicht zum Nulltarif zu haben. Gleichzeitig müssen wir uns anstrengen, immer besser zu werden. Sparrunden in den Redaktionen helfen da nicht weiter, die beschädigen nur weiter das Produkt.

Wir brauchen ein Ende der Verzagtheit, wir müssen auch mit neuen Formen um Aufmerksamkeit werben. Journalismus darf auch mal als Podcast oder in einem News-Game daherkommen. Neue Erzählformen entstehen, neue Medienmarken oder –personen betreten die öffentliche Bühne. Sich zu unterscheiden von Scharlatanen, die Falschnachrichten verbreiten oder Hass predigen, bleibt eine große Herausforderung.

***Prof. Dr. Frank Überall** (1971) ist Bundesvorsitzender des Deutschen Journalisten-Verbands (DJV). Er lehrt Medien- und Sozialwissenschaften an der HMKW Hochschule für Medien, Kommunikation und Wirtschaft in Köln. Als freier Journalist berichtet er vor allem für WDR und ARD. Der Autor mehrerer politischer Sachbücher ist Mitglied im deutschen PEN-Zentrum. Im Internet findet man ihn unter www.politikinstitut.de.*

18. März 2019

Friedrich Kronenberg

Plädoyer für die kirchliche Gewaltenteilung

Daniel Deckers hat im Zusammenhang mit dem geistlichen Machtmissbrauch in der katholischen Kirche mit Recht von „verschleppten Entscheidungen“ (FAZ vom 9. März 2019 S. 8) bei der Schaffung kirchlicher Verwaltungsgerichte gesprochen. Ich habe mir, der ich mich in vielfältigen kirchlichen Aufgaben ehrenamtlich und hauptamtlich engagierte habe, in jungen Jahren niemals vorstellen können, dass mich kirchenrechtliche Fragen bis ins hohe Alter so sehr begleiten und herausfordern würden, wie das durch diese verschleppten Entscheidungen geschieht.

Diese verschleppten Entscheidungen führen zu verschleppten Chancen, die allerdings - Gott sei Dank - keine komplett vertanen Chancen sind. Auch heute eröffnen sich Chancen für das kirchliche Leben, wenn die Entscheidungen im Bereich der kirchlichen Rechtsordnung nun endlich getroffen werden. Eine Institution Kirche, in der es heute keine Gewaltenteilung gibt, ist jedenfalls aus der Zeit gefallen und kann ihren Sendungsauftrag nicht erfüllen. Da diese Feststellung unter kirchlichen Amtsträgern strittig ist, sollte die Frage der kirchlichen Gewaltenteilung im Streit öffentlich diskutiert werden. Ohne die vorbehaltlose Einbeziehung der Öffentlichkeit in diesen argumentativen Streit können solche Fragen in einer Institution, die in unserer Gesellschaft wirksam sein will, nicht beantwortet werden, es sei denn, man verzichtet auf gesellschaftliches Wirken und zieht sich ins Ghetto zurück.

Es geht hier keineswegs um Demokratisierung der Kirche. Nicht das Volk Gottes ist der Souverän der Kirche, sondern Gott selbst in Jesus Christus, der seine Jünger und damit die Kirche in die Welt gesandt hat. Die Sendung der Kirche in die Welt von heute verlangt aber eine kirchliche Rechtsordnung, die der Institution Kirche ein kirchliches Wirken in unserer Gesellschaft ermöglicht. Das II. Vatikanische Konzil hat hierfür Grundlagen geschaffen, die bis heute noch weithin der Verwirklichung bedürfen. Aber das Konzil ist „nicht vom Himmel gefallen“, es ist auch in den vorangehenden Jahrzehnten vorbereitet worden. Zu diesen Vorbereitungen gehören in Deutschland bestimmte Entwicklungen im Laienkatholizismus seit der Mitte des 19. Jahrhunderts.

Für viele katholische Laien in Deutschland war das Konzil über den konziliaren Aufbruch hinaus eine Bestätigung ihres Engagements. Viele Initiativen der katholischen Jugendbewegung, der liturgischen Bewegung, der Laienbewegungen von Frauen, Männern, Familien und unterschiedlichen sozialen und beruflichen Gruppierungen und ihres weltweiten solidarischen Engagements, der Ökumene-Bewegung und nicht zuletzt der Bibelbewegung haben zu einer lebendigen Kirche in Deutschland geführt, die nicht nur durch das Konzil Anerkennung fand, die vielmehr auch eine entscheidende Voraussetzung dafür war, dass dieses Konzil möglich und fruchtbar wurde. Selbstverständlich gab es auch viele andere Initiativen in der Kirche, die entscheidende Voraussetzungen für das Gelingen des Konzils waren, die wissenschaftliche Theologie etwa oder soziale Entwicklungen in Kirchen anderer Länder. Aber natürlich gab es zu diesen Initiativen in der Kirche in Deutschland in aller Regel lebhaft Verbindungen.

Was aber die in der Vorgeschichte des Konzils zu entdeckenden Entwicklungen des deutschen Laienkatholizismus angeht: alle diese genannten Initiativen entwickelten sich im Wesentlichen auf der Basis des bürgerlichen Koalitionsrechtes, wie es 1848 in der Nationalversammlung in der

Frankfurter Paulskirche formuliert worden war. Die lebendige Kirche, die auch zum Konzil führte und durch dieses Konzil ihre Bestätigung fand, entwickelte sich weithin außerhalb der kirchenrechtlichen Ordnung und zwar im Rahmen der Bürgerrechte. Die Tatsache, dass die Kirche in Deutschland vor dem Konzil zu einem beachtlichen Teil nicht auf der Basis kirchlicher Rechte sondern auf der Basis bürgerlicher Rechte lebendig war, bedeutet keine Ablehnung kirchlicher Rechte. Vielmehr ist sie die Antwort darauf, dass es kirchliche Rechte als Grundlage einer zeitgemäßen, lebendigen Kirche nicht gab. Nach den Beschlüssen des Konzils hätten die auf der Basis der bürgerlichen Rechtsordnung entstandenen Initiativen auch eine kirchenrechtliche Grundlage erhalten können. Diese Chance ist weitgehend vertan worden.

Nach dem Konzil hat der Essener Katholikentag 1968 mit seinem Leitwort „mitten in dieser Welt“ die Ergebnisse des Konzils in lebhaften, teils heftigen Diskussionen begrüßt und ihre Umsetzung in Deutschland gefordert. Der Katholikentag hat aber nicht nur Forderungen formuliert, er hat auch den Anstoß zur Gemeinsamen Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland (1970-1975) gegeben. Und diese Synode hat Entscheidungen getroffen, die bis heute nicht umgesetzt sind:

- durch den Vatikan, der auf entsprechende Voten der Synode bis heute nicht geantwortet hat, obwohl er dem Synodenstatut, das diesen Voten die rechtliche Grundlage gab, ausdrücklich zugestimmt hat und obwohl er dieses zunächst als konziliares Modell für zukünftige Nationalsynoden gewertet hat;
- durch die Deutsche Bischofskonferenz, die bis heute das „Obere Verwaltungsgericht“, besetzt von drei Priestern und zwei Laien, nicht eingerichtet hat, das in der von der Synode beschlossenen „Kirchlichen Verwaltungsgerichtsordnung – KVGO“ vorgesehen ist;
- durch die Bistümer, die die von der Synode vorgesehenen kirchlichen Verwaltungsgerichte nicht errichtet haben.
- Diese Beispiele, die für viele weitere stehen, zeigen, dass die kirchliche Institution ihren Aufgaben für ihre Gläubigen seit Jahrzehnten nicht gerecht geworden ist. Die gegenwärtig diskutierten Vorgänge geistlichen Machtmissbrauchs zeigen dies in erschreckender Deutlichkeit.

Es wird Zeit für eine öffentliche Diskussion aller dieser Vorgänge, damit die Institution der katholischen Kirche umfassender erkennt, dass die Institution Kirche Gott und seinem Volk zu dienen hat und nicht das Gottesvolk der Institution. Zwar ist die von Menschen geschaffene Institution der Kirche unverzichtbar, aber sie hat Jesus Christus und seinen Jüngerinnen und Jüngern zu dienen und nicht umgekehrt. Ich denke, dass das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK), der Veranstalter des Essener Katholikentages sowie Mitinitiator und – wenn man so will – Mitveranstalter der Gemeinsamen Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland - aber natürlich auch alle seine Mitglieder – in Zukunft immer wieder darauf hinweisen werden, dass deutsche Katholiken mit ihren Initiativen im vorkonziliaren Jahrhundert das Konzil mit ermöglicht haben und dass die Entscheidungen des Konzils und der Synode im gegenwärtigen konziliaren Jahrhundert nicht weiterhin verschleppt werden dürfen.

Bisher verschleppte Entscheidungen dürfen nicht weiterhin die Chancen der Gegenwart und der Zukunft der Kirche behindern. Zwar liegt die Zukunft der Kirche in Gottes Hand, aber Gott baut auch auf das Engagement der Jüngerinnen und Jünger Jesu Christi. Und dieser Tatsache muss die Institution der Kirche gerecht werden. Und daher müssen wir uns auch in der Weltkirche immer wieder neu dafür einsetzen, dass sie in ihrer institutionellen Rechtsordnung das Konzil umfassender verwirklicht.

Gott sei Dank gibt es viele Priester, auch Bischöfe, die den geistlichen Machtmissbrauch als solchen

benennen und verurteilen und die eine Gewaltenteilung in der Institution der Kirche für zwingend erforderlich halten. Das wurde auch in der jüngsten Vollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz deutlich. Der einstimmig gefasste Beschluss, gemeinsam mit dem ZdK einen „verbindlichen synodalen Weg als Kirche in Deutschland“ beschreiten zu wollen, um sich mit systemischen Ursachen sexualisierter Gewalt in der Kirche auseinanderzusetzen, zeigt den klaren Willen, einen neuen Aufbruch zu wagen.

Kardinal Marx, der Vorsitzende der Bischofskonferenz, nennt drei Themen, die auf dem synodalen Weg beraten werden sollen:

1. Abbau klerikaler Macht, Aufbau einer gerechteren und rechtlich verbindlichen Ordnung, Errichtung von Verwaltungsgerichten;
2. Änderungen der Lebensform von Bischöfen und Priestern;
3. Rezipieren entscheidender Erkenntnisse aus Theologie und Humanwissenschaften in der Sexualmoral.

Die weiteren Schritte auf diesem Weg bedürfen kritischer Begleitung. Ein synodaler Weg setzt grundsätzlich Synoden voraus. Versteht er sich als Synodenersatz, missbraucht er den synodalen Gedanken. Der Hinweis, Synoden etwa nach dem Vorbild der Gemeinsamen Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland 1970-1975 seien nach dem Kirchlichen Gesetzbuch nicht möglich, geht an der Sache vorbei. Auch die Würzburger Synode war nach dem damaligen Kirchenrecht nicht möglich, sondern bedurfte der ausdrücklichen Ausnahmegenehmigung des Vatikans. Diese Ausnahmegenehmigung muss eingeholt werden. Es besteht durchaus die Hoffnung, Papst Franziskus würde sie erteilen. Einen synodalen Weg geht nur, wer diejenigen, die eine Synode wollen, zu diesem Weg einlädt und dem es gelingt, dass alle, die eine Synode wollen, auf diesem Weg mitgehen. Synode heißt - dem Wortsinne nach - gemeinsam unterwegs sein!

Es genügt nicht, eine dem Konzil gemäße Rechtsordnung allein auf der Ebene der Bistümer und der Bischofskonferenz anzustreben. Auch auf der Ebene der Weltkirche muss das geschehen. Die Hoffnung nach dem Konzil, der Codex Iuris Canonici (CIC) von 1983 würde die Ergebnisse des Konzils rechtlich wiedergeben, ist leider teilweise unerfüllt geblieben und bedarf dringend weiterer Bemühungen. Hier sind die Bischöfe und die Bischofskonferenz zusätzlich gefordert. Nachdem der zunächst vorgesehene Grundrechtsteil, der den Geist des Konzils atmete, in einer letzten Redaktion entfiel, gibt es unbedingten Nachholbedarf. Hilfreich wäre auch eine Intensivierung der zeitgeschichtlichen Forschung, die sich der rechtlichen Verfassung und der sozialen Verfasstheit der katholischen Kirche und des Katholizismus in Deutschland zuwendet und systemische Ursachen für kirchlichen Machtmissbrauch herausarbeitet.

Ohne Gewaltenteilung und ohne den Versuch, die Fundamentalrechte der Gläubigen in einer zeitgerechten Weise zu formulieren, ist eine kirchliche Rechtsordnung für heute und morgen nicht zu schaffen. Auch unser politisches Gemeinwesen kann erwarten, dass die Kirche eine zeitgerechte rechtliche Verfassung und soziale Verfasstheit anstrebt, damit sie zur Stärkung des gesellschaftlichen Wertefundaments beitragen kann. „Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann. Das ist das große Wagnis, das er, um der Freiheit willen, eingegangen ist“ (Ernst-Wolfgang Böckenförde 1967).

Dr. Dr. h.c. Friedrich Kronenberg (1933) hat Wirtschafts- und Sozialwissenschaften studiert. 1960-64 war er hauptamtlicher Leiter der Deutschen Pfadfinderschaft St. Georg, 1966 – 1999 Generalsekretär des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) sowie stv. Sekretär der Würzburger Synode 1970 – 1975 und 1983-1990 Mitglied des Deutschen Bundestages. 1982 – 2003 war er Vorsitzender der Kommission für Zeitgeschichte und 2001 – 2009 Vorsitzender des Maximilian-Kolbe-Werkes. Er ist Mitherausgeber von kreuz-und-quer.de

25. März 2019

Wilfried Schumacher

In der Verschiedenheit die eigene Identität bewahren

Als ich vor 60 Jahren in die Grundschule (damals noch Volksschule) kam, gab es auf dem Gelände der Schule die katholische und gleich nebenan die evangelische. Die Schulhöfe waren zwar gemeinsam und doch gab es eine scharfe Trennung zwischen „denen“ und „uns“. Ganz zu schweigen von den Schimpfwörtern, die hinüber und herüber flogen. Wir hatten nicht viel miteinander zu tun. Auch Freundschaften gab es kaum. Wie sollten sie auch entstehen, wenn keiner der anderen kannte?

Der Schulhof spiegelte wieder was auch gesellschaftlich üblich war. „Ökumene“ war damals noch ein Begriff für wenige. Wir lebten lange nebeneinander her. Auch wenn die Theologen seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts miteinander im Gespräch waren, die breite Masse blieb sich fremd. Man brauchte einander nicht. Erst als die Nachkriegszeit mit den Flüchtlingsströmen die Konfessionen durcheinander wirbelte und sich in der katholischen Kirche das II. Vatikanische Konzil mit seinem Ökumenismusdekret zu Wort meldete, wurde Ökumene zunehmend zu einem Anliegen in der Breite der Bevölkerung und blieb nicht mehr allein den theologischen Fachleuten überlassen.

Und die Menschen, oder sagen wir besser „das Volk Gottes“ mag nicht mehr länger mitansehen, wie mühsam sich manches auf dem Gebiet der Ökumene bewegt. Während für die einen das gemeinsame Zeugnis wichtig ist, ja nahezu überlebensnotwendig ist, setzen die anderen immer noch auf Abgrenzung.

Der griechisch-orthodoxe Metropolit Augustinos spricht von der „splendid isolation“, in der sich die Kirchen „jahrhundertlang wohlgeföhlt haben“. Für ihn bedeutet Ökumene „das Aufgeben der behaglichen Nestwärme, um sich den rauen Wind der interkonfessionellen Realität um die Ohren wehen zu lassen.“⁸ Dazu gehören auch die Unterschiede in der Lehre, die man nicht außer Acht lassen darf und kann.

Je mehr die großen Konfessionen unter dem Zustimmungsvorbehalt ihrer Mitglieder stehen, je schwieriger wird es, sich abzugrenzen. Die Leute, besonders jene aus den konfessionsverschiedenen Ehen, wandern hin- und her, setzen sich hinweg über kirchenrechtliche Bestimmungen, leiden, aber wollen nicht weiter Opfer sein. Kritiker bemängeln, dass dabei oft die eigene Identität auf der Strecke bleibe.

Da wünscht man sich die Weite, die jüngst der katholische Essener Bischof Dr. Franz-Josef Overbeck einforderte: „Bei allem Planen und Tun soll die ökumenische Dimension von vornherein mitbedacht werden. Dabei soll es nicht darum gehen, die konfessionelle Identität aufzugeben. Diese je eigene Identität ist der Schatz, den wir in die Ökumene einbringen und der uns die Weite und den Reichtum des Christlichen erfahren lässt. Ökumene ersetzt also nicht die konfessionelle Beheimatung, sondern wird zu einem integralen Bestandteil innerhalb dieser Identität. Damit wird das Gemeinsame von der Ausnahme zum Normalfall, ohne das Eigene zu verdrängen oder zu

⁸ Metropolit Augoustinos von Deutschland Exarch von Zentraleuropa, Worte des Dankes bei der Verleihung des Ökumene-Preises 24.1.2019 - Griechisch-Orthodoxe Metropolie von Deutschland

schwächen.“⁹

Für die Zukunft kann das nur bedeuten: wir leben nicht mehr nebeneinander her, sondern miteinander. Je weiter die Strecke ist, die wir gemeinsam zurücklegen, je mehr wird deutlich werden, dass die Christen auch eine gemeinsame Tradition haben, jene Zeit, in der es noch keine Konfessionen gab. Dann stellt man schnell fest: Christen brauchen einander. Nicht nur die großen Kirchen, auch die kleinen Gemeinschaften. Ohne die anderen, wäre das eigene Zeugnis, in einer Gesellschaft, in der der christliche Glaube immer mehr verdunstet, nicht überzeugend.

„Das Gebet ist der Sauerstoff der Ökumene. Ohne Gebet wird die Gemeinschaft leblos und sie schreitet nicht voran, weil wir dem Windhauch des Geistes verwehren, sie anzutreiben,¹⁰“ sagte Papst Franziskus als er am 21. Juni 2018 den Weltkirchenrat in Genf an seinem 70. Gründungstag besuchte. Im gemeinsamen Gebet sind die Christen in unserem Land inzwischen geübt. Unzählbar die Zahl der gemeinsamen Gottesdienste und Gebetszeiten. Aus dem Gebet aber muss die Tat erwachsen. Gemeinsam haben die Christen eine Stimme, der Aufmerksamkeit geschenkt wird – auch im politischen Kontext. Gemeinsam können sie handeln.

Papst Franziskus formuliert es so: „Die Glaubwürdigkeit des Evangeliums wird durch die Art und Weise auf die Probe gestellt, in der die Christen auf den Ruf derer antworten, die in allen Winkeln der Erde durch Ungerechtigkeit Opfer der tragischen Zunahme eines Ausschlusses sind, der Armut erzeugt und die Konflikte nährt. Die Schwachen werden immer mehr ausgegrenzt, ohne Brot, Arbeit und Zukunft, während die Reichen immer weniger und immer reicher werden. Fühlen wir uns vom Weinen der Leidenden angesprochen und empfinden wir Mitleid, denn das »Programm des Christen ist ein sehendes Herz« (Benedikt XVI., Enzyklika Deus caritas est, 31). Sehen wir das, was konkret machbar ist, anstatt uns durch das Entmutigen zu lassen, was nicht getan werden kann.“¹¹

Dass das gemeinsame Handeln nicht auch in der Mahlgemeinschaft am Altar sichtbar wird, enttäuscht, ja verärgert viele. Aber Bischof Overbeck weist mit Recht darauf hin, „für uns Katholiken wie übrigens auch für die orthodoxen Kirchen ist eine volle Eucharistiegemeinschaft nur im Rahmen einer vollen Kirchengemeinschaft denkbar“¹² Da haben die Theologen noch sehr viel Arbeit. Das „Volk Gottes“ aber wird hoffnungsvoll das Wort des evangelischen Präses, Manfred Rekowski hören: „Wir vertrauen darauf, dass die Trennung am Tisch Jesu Christi nicht endgültig sein wird, weil er selbst der Gastgeber ist.“¹³

Msgr. Wilfried Schumacher (1949) war 20 Jahre Stadtdechant und Münsterpfarrer in Bonn und lebt heute als Pensionär in Bonn. Ökumene war für ihn ein wichtiges Moment seiner Arbeit. Die freundschaftliche Verbundenheit mit dem evangelischen Superintendenten prägte auch sein Wirken in der gesellschaftlichen Öffentlichkeit.

⁹ Bischof Dr. Franz-Josef Overbeck, Vortrag bei der Superintendentenkonferenz der Evangelischen Kirche im Rheinland im Internationalen Evangelischen Tagungszentrum Wuppertal am 18.2.2019 – Pressestelle Bistum Essen

¹⁰ Papst Franziskus 21.6.2018 Genf - Libreria Editrice Vaticana

¹¹ Papst Franziskus aaO.

¹² Overbeck aaO.

¹³ Manfred Rekowski, Brief an die evangelischen Gemeinden im Rheinland, 27.6.2018 – Evangelische Kirche im Rheinland